



Institut für Föderalismus
Institut du Fédéralisme
Institute of Federalism

JAHRESBERICHT RAPPORT ANNUEL

2017

2017

Inhaltsverzeichnis

1.	VORWORT	3
1.1	Rückblick	3
1.2	Bedeutende Veränderungen	3
	a) Wechsel an der Spitze des Institutsrats	3
	b) Wechsel in der Direktion	3
	c) Neuausrichtung der Tätigkeiten im internationalen Bereich	3
1.3	Standortbestimmung und Ausblick	4
1.4	Dank	5
2.	DAS JAHR 2017 IM ÜBERBLICK	5
3.	IM FOKUS	8
3.1	Mitwirkung am Monitoring der chStiftung	8
3.2	Föderalismus – Staatskitt oder Spaltpilz? – Internationale Konferenz zur Gleichheit in vielfältigen Staaten	8
3.3	Zum Abschied von Peter Hänni als Direktor des Instituts	9
4.	ORGANISATION	11
4.1	Interne Entwicklungen	11
4.2	Institutsrat	11
4.3	Mitarbeitende	12
4.4	Organigramm	14
5.	DIE TÄTIGKEITSBEREICHE IM EINZELNEN	15
5.1	Forschung und Publikationen	15
5.2	Dienstleistungen und Study Tours	16
5.2.1	Expertisen	16
5.2.2	Study Tours	17
5.3	Weiterbildungen	18
5.4	Vorträge	18

Table des matières

1.	AVANT-PROPOS	23
1.1	Rétrospective	23
1.2	Des changements significatifs	23
	a) Changement à la tête du Conseil de l'Institut	23
	b) Changement au sein de la direction	23
	c) Réaménagement des activités dans le domaine international	23
1.3	Où est-on et où va-t-on?	24
1.4	Remerciements	25
2.	L'ANNÉE 2017 EN BREF	25
3.	SOUS LA LOUPE	27
3.1	Participation au monitoring de la Fondation ch	27
3.2	Le fédéralisme – cerise sur le gâteau ou pomme de discorde ? – Conférence internationale sur l'égalité dans les Etats multiculturels	28
3.3	Les adieux de Peter Hänni en qualité de Directeur de l'Institut	29
4.	ORGANISATION	31
4.1	Développements internes	31
4.2	Conseil de l'Institut	31
4.3	Collaborateurs	32
4.4	Organigramme	34
5.	LES DIFFÉRENTS DOMAINES D'ACTIVITÉ	35
5.1	Recherche et publications	35
5.2	Prestations et Study Tours	36
5.2.1	Expertises	36
5.2.2	Study Tours	37
5.3	Formation continue	38
5.4	Conférences	39

1 VORWORT

Auf den 1. August 2017 haben wir gemeinsam die Leitung des Instituts für Föderalismus (IFF) übernommen. In unserem ersten Jahresbericht wollen wir zuhänden der verantwortlichen Organe und der interessierten Öffentlichkeit nicht nur Rückschau halten und über unsere Aktivitäten Rechenschaft ablegen, sondern auch eine kurze Standortbestimmung vornehmen und einen Ausblick wagen.

1.1 Rückblick

Der Föderalismus war 2017 ein Thema, dem in Recht, Politik und Medien viel Aufmerksamkeit zuteilwurde. Während in der Schweiz verschiedene rechtliche und politische Diskussionen zu einer vertieften Auseinandersetzung mit Fragen der Aufgabenteilung und der Zusammenarbeit führten, so haben auch Ereignisse in Ländern wie Grossbritannien, Irak, Italien und Spanien der Frage nach der richtigen Balance von Einheit und Vielfalt Schlagzeilen beschert.

Wir freuen uns denn auch, auf ein föderalismusreiches Jahr zurückblicken zu können, das im Zeichen zahlreicher bewährter Aktivitäten und einiger neuer Akzente stand. Auch in diesem Jahr ist es dem Institut gelungen, sein Profil durch vielfältige Tätigkeiten in Forschung, Lehre, Weiterbildung und Dienstleistungen weiter auszubauen und seine Aufgabe als nationales und internationales Kompetenzzentrum im Bereich der verantwortungsvollen Regierungsführung wahrzunehmen. Besondere Erwähnung verdienen an dieser Stelle die Herausgabe eines Lehrbuchs zum Staatsorganisationsrecht der Schweiz, die Durchführung einer internationalen Konferenz zum Thema «*The Principle of Equality in Diverse States*», die Mitwirkung am neusten Dreijahresbericht 2014–2016 der chStiftung zum Föderalismus-Monitoring, der Besuch verschiedener Delegationen, die Unterrichtstätigkeit in China und die Erstellung verschiedener Studien im Bereich der Verwaltungsorganisation in den Kantonen. Gleichzeitig hat das Institut seine Tätigkeit im Bereich des Monitorings zum schweizerischen Föderalismus weiter gestärkt und zahlreiche alte und neue Partnerschaften im In- und Ausland gepflegt. Die einzelnen Tätigkeiten werden in den Kapiteln 2 und 3 näher vorgestellt oder ergeben sich aus der Zusammenstellung am Ende dieses Berichts.

1.2 Bedeutende Veränderungen

Das vergangene Jahr stand aber auch im Zeichen bedeutender Veränderungen. Diese betreffen hauptsächlich die personelle Zusammensetzung der leitenden Organe, aber auch die Finanzierung des Instituts.

a) Wechsel an der Spitze des Institutsrats

Auf den 1. Februar 2017 hat Pascal Broulis, Staatsrat des Kantons Waadt, als neuer Präsident der chStiftung für eidgenössische Zusammenarbeit das Präsidium des Institutsrats übernommen. Sein Vorgänger, der St. Galler Regierungsrat Benedikt Würth, verbleibt im Institutsrat und ersetzt den Berner Regierungsrat Hans-Jürg Käser.

Einen weiteren Wechsel gab es im Herbst zu verzeichnen. Canisius Braun, der dem Institut zunächst als Geschäftsführer der chStiftung und dann als Staatssekretär des Kantons St. Gallens während Jahren die Treue hielt, trat auf Ende Jahr zurück. An seine Stelle wurde im Dezember der Berner Staatsschreiber Christoph Auer gewählt. Wir danken den zurückgetretenen Mitgliedern des Institutsrats an dieser Stelle herzlich für ihr grosses Engagement zugunsten unseres Kompetenzzentrums und freuen uns auf die Zusammenarbeit mit den neu zum Institutsrat gestossenen Personen.

b) Wechsel in der Direktion

Einen Wechsel gab es auch in der Institutsdirektion. Prof. Peter Hänni, der das Institut seit 2008 als «primus inter pares» mit uns geleitet hatte, ist auf den 31. Juli 2017 emeritiert worden und hat auf denselben Zeitpunkt die Direktion verlassen. Wir sind aber sehr glücklich darüber, dass Peter Hänni dem Institut als «Senior Advisor» weiterhin für die Übernahme besonderer Aufgaben zur Verfügung stehen wird. Als Zeichen unseres besonderen Dankes für die langjährige Zusammenarbeit widmen wir unserem Kollegen einen eigenen Abschnitt in diesem Jahresbericht.

c) Neuausrichtung der Tätigkeiten im internationalen Bereich

Seit 1997 war der grösste Teil der internationalen Aktivitäten des Instituts, die Entwicklungs- und Transitionsländer betrafen, durch die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) finanziert worden. Die langjährige Zusammenarbeit fand nach einem öffentlichen Vergabeverfahren, in welchem die Offerte des Instituts nicht berücksichtigt worden war, im November 2016 ein abruptes Ende. Mit der Beendigung des

Vertragsverhältnisses mit der DEZA ist die finanzielle Grundlage für die Weiterführung und Weiterentwicklung der Tätigkeiten des Instituts im internationalen Bereich weitgehend weggebrochen. Dies gilt namentlich für die *Summer University*, an der jährlich über vierzig Personen aus fragilen und konfliktbetroffenen Staaten teilnahmen, den Empfang von Delegationen, die Durchführung von *Study Tours*, das Programm für Gastforschende, die Zusammenarbeit mit Partnerinstitutionen sowie die zahlreichen kleineren Hilfestellungen und Dienstleistungen, die das Institut Partnern aus Entwicklungs- und Transitionsländern in der Vergangenheit zur Verfügung gestellt hatte. Auf politischen Druck hin fanden im Sommer und Herbst Gespräche mit dem Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) statt, die nicht nur der Aufarbeitung der Ereignisse dienen, sondern auch das Fundament für eine Neuorganisation der künftigen Zusammenarbeit legen sollten. Verschiedene Gespräche innerhalb und ausserhalb der DEZA ergaben, dass die Dienstleistungen des Instituts weiterhin geschätzt und als wichtig für die internationale Zusammenarbeit der Schweiz erachtet werden, nicht nur im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit im engeren Sinne, sondern darüber hinaus für die Förderung des Friedens, der Demokratie und der Menschenrechte in den Partnerstaaten der Schweiz. Ein Rahmenvertrag zwischen dem Institut und dem EDA soll deshalb die Zusammenarbeit auf eine neue Grundlage stellen und Prinzipien für die zukünftige Zusammenarbeit festhalten. Der neue Vertrag soll es allen Akteuren des Departments erlauben, bei Bedarf Leistungen des IFF abzurufen; gleichzeitig soll er die gegenseitige Information und die Koordination der verschiedenen internationalen Aktivitäten erleichtern.

Während wir uns sehr darüber freuen, dass in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres konstruktive Lösungen für die Weiterführung der Zusammenarbeit zwischen IFF und Bund im internationalen Bereich gesucht und gefunden wurden, so ist doch nicht zu übersehen, dass es sich bei der neuen Vereinbarung um einen blossen Rahmenvertrag handelt, der selbst keine verbindlichen Leistungen vorsieht und es dem Institut nicht erlaubt, die bisherigen Dienstleistungen im früheren Rahmen aufrechtzuerhalten. Ob und in welchem Umfang auf der Grundlage der neuen Vereinbarung Anfragen an das Institut herangetragen und entschädigt werden, bleibt offen, was die Planung, namentlich die Personalplanung, weiterhin erschwert. Damit das Institut seine Rolle als anerkanntes Kompetenzzentrum im Bereich von Föderalismus, Dezentralisierung, Demokratisierung, Konfliktbeilegung

und Verfassungsgebung im internationalen Bereich auch in Zukunft wahrnehmen, unkompliziert und flexibel auf Bedürfnisse aus Krisenregionen reagieren und bewährte Partnerschaften weiterhin pflegen kann, ist es deshalb weiterhin auf der Suche nach einer Grundfinanzierung, die dem Institut erlaubt, internationale Projekte auch selbständig zu planen und durchzuführen und erfahrene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter langfristig an das Institut zu binden. Dass eine solche Rolle des Instituts international erwünscht ist und die Schweiz in diesem Bereich über eine Nische der internationalen Zusammenarbeit verfügt, die Nachhaltigkeit verspricht und im Einklang mit den nachhaltigen Entwicklungszielen der UNO steht, belegen die zahlreichen Anfragen und Bitten um Unterstützung bei der Verbesserung der Regierungsführung, die fast täglich beim Institut eintreffen.

1.3 Standortbestimmung und Ausblick

Das Institut befindet sich momentan in einer wichtigen Übergangsphase. Neben den grossen Unsicherheiten rund um die Finanzierung der Tätigkeiten im internationalen Bereich gibt es auch für die Finanzierung der Aktivitäten im nationalen Bereich einige Fragezeichen. Der dreijährige Vertrag mit der chStiftung für eidgenössische Zusammenarbeit über Basisleistungen des Instituts ist Ende September 2017 ausgelaufen. Das Vertragsverhältnis soll weitergeführt werden; der Inhalt konnte aber aufgrund einer Neuorganisation des Föderalismusmonitorings der chStiftung noch nicht festgelegt werden. Immerhin vermochte die chStiftung dem Institut für das Jahr 2018 einen Grundbeitrag zuzusichern, der es erlaubt, gewisse Basisleistungen (insbesondere das hauseigene Föderalismusmonitoring und die Herausgabe des Newsletters zu den Entwicklungen des schweizerischen Föderalismus) ganz oder zumindest teilweise weiterzuführen. Die Verhandlungen für einen neuen, längerfristigen Vertrag sind im Gang.

Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, dass die Bereitschaft der öffentlichen Hand, wissenschaftliche Kompetenzzentren mit Subventionen zu fördern, gesunken ist. Sowohl im nationalen als auch im internationalen Bereich wird der Einkauf einzelner Leistungen oder allenfalls der Bezug von Leistungen in einem Gesamtpaket bevorzugt. Damit das Institut aber neben seinem wissenschaftlichen Auftrag in Lehre, Forschung und Weiterbildung auch Dienstleistungen anbieten kann, braucht es eine gewisse Personaldecke, die es erlaubt, bei entsprechenden (oftmals auch kurzfristigen)

2. DAS JAHR 2017 IM ÜBERBLICK

Anfragen rasch und kompetent zu reagieren. Die Verwaltungen stehen heute unter einem grossen Spardruck. Das Interesse, dass es – unabhängig von konkreten Leistungseinkäufen – ein wissenschaftliches Kompetenzzentrum gibt, das sich mit Fragen der föderalen Staatsorganisation in der Theorie und in der praktischen Anwendung vertieft befasst, Entwicklungen begleitet und prägt, scheint zwar gegeben zu sein, aber die Bereitschaft, dafür einen Grundbeitrag zu leisten, hält sich leider in engen Grenzen. Letztlich kann diese Bereitschaft nur auf politischem Weg gefördert werden. Uns scheint, dass es die Sache des Föderalismus, dem die Schweiz zumindest teilweise ihren Erfolg verdankt und der in allen Konfliktregionen als Mechanismus des friedlichen Zusammenlebens diskutiert wird, verdiente, grundsätzlich und nicht nur ad-hoc unterstützt zu werden.

1.4 Dank

Der Direktion ist es ein Anliegen, nicht nur den ehemaligen und den neuen Mitgliedern des Institutsrats für ihr Engagement zugunsten unseres Instituts ganz herzlich zu danken, sondern der Universität Freiburg und ihrer Rechtswissenschaftlichen Fakultät für ihr Vertrauen in uns und in die Tätigkeiten des Instituts. Ohne die tatkräftige Unterstützung unserer Träger und Partner wäre es dem Institut nicht möglich, seine Leistungen in Lehre, Forschung und Beratung zu erfüllen. Unser besonderer Dank geht schliesslich an unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für ihre Treue und ihren unermüdlichen Einsatz für die Sache des Föderalismus in diesem interessanten und herausfordernden Jahr der Veränderungen.

Eva Maria Belser
Bernhard Waldmann

Nationaler Bereich

Das Institut betreibt seit einigen Jahren ein hauseigenes Monitoring, mit welchem es föderalismusrelevante Entwicklungen in der Rechtsetzung von Bund und Kantonen sowie in der Rechtsprechung, aber auch wissenschaftliche Studien und Publikationen zum Föderalismus beobachtet, analysiert und auswertet. Diese Erkenntnisse fliessen einerseits in das Föderalismus-Monitoring der chStiftung für eidgenössische Zusammenarbeit ein (vgl. dazu Ziff. 3.1 unten) und werden andererseits für eigene Studien verwendet. Die intensive Beobachtung erlaubt es dem Institut, mittel- und längerfristig fundierte Aussagen über relevante Entwicklungstendenzen zu machen. Auch in diesem Jahr erschienen wiederum vier Ausgaben des Föderalismus-Newsletters mit Hinweisen auf aktuelle Entwicklungen und Vertiefungsbeiträgen zu einzelnen Politikbereichen sowie der inzwischen weithin bekannte Newsletter zu kantonalen Abstimmungen.

Im Zentrum des Jahres 2017 standen einige grössere Rechtsgutachten und Projektbegleitungen. So verfasste das Institut eine rechtsvergleichende Analyse der territorialen Verwaltungsstrukturen in den Kantonen Bern, Freiburg, Neuenburg und Waadt; die Analyse bietet eine systematische Darstellung der Aufgabenteilung zwischen Gemeinden, regionalen Gebietskörperschaften (Gemeindeverbänden), örtlich dezentrierten Verwaltungseinheiten (Bezirken) und dem Kanton. Des Weiteren begleitete das Institut die konzeptionellen Arbeiten für das geplante Gebietsänderungskonkordat und der dazugehörigen Vollzugsvereinbarung zwischen den Kantonen Bern und Freiburg im Zusammenhang mit der Fusion der bernischen Gemeinde Clavaleyres und der freiburgischen Gemeinde Murten. In einem weiteren Gutachten analysierte das Institut das Vorkommen, die Ausgestaltung und die Wirkungen der Organisationsformen des «Amts» und der «unselbständigen Anstalt» in den Rechtsgrundlagen der Kantone. Sodann erstellte das Institut im Auftrag des Europarates eine Studie zur Zweisprachigkeit in der Gemeinde Bosco Gurin (TI). Dazu kommen weitere Gutachten und Analysen im Bereich des Planungs- und Baurechts. Ferner begleitete das Institut eine Arbeitsgruppe der Bau-, Planungs- und Umweltschutzdirektoren-Konferenz (BPUK) im Zusammenhang mit der Erstellung einer Studie zu den Schwachstellen, Herausforderungen und Hindernissen bei der raumplanerischen Interessenabwägung. Schliesslich wirkte es in der wissenschaftlichen Begleitgruppe für eine von der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) in Auftrag gegebene Studie «Föderalismus und Wettbewerbsfähigkeit in der Schweiz» mit (vgl. zur detaillierten Liste unten Ziff. 5.1).

Im Bereich der Weiterbildung und des Wissenstransfers ist auf die Murtner Gesetzgebungsseminare hinzuweisen. Auch 2017 führte das Institut wiederum je ein Seminar zur Rechtsetzungsmethodik (zusammen mit dem Zentrum für Rechtsetzungslehre der Universität Zürich) und zur Erlassredaktion (zusammen mit der Bundeskanzlei und dem Bundesamt für Justiz) durch. Ferner ist das Erscheinen eines Lehrbuchs zum Staatsorganisationsrecht hervorzuheben, welches Eva Maria Belser und Bernhard Waldmann zusammen mit ihrem Kollegen René Wiederkehr verfasst haben. Im Zentrum des Lehrbuchs stehen die Organisation und die Verfahren des schweizerischen Bundesstaates. Zum besseren Verständnis werden aber auch Grundfragen der Allgemeinen Staatslehre – wie etwa der Staatsbegriff, die Staatsformen und Regierungssysteme sowie die Staatszwecke und Staatsfunktionen – beleuchtet und auf den schweizerischen Kontext angewendet. Das Buch richtet sich nicht nur an Studierende, sondern an alle, die am Staat, seiner Organisation und seinen Verfahren interessiert sind. Dazu kommen schliesslich zahlreiche Vorträge (vgl. zur detaillierten Liste unten Ziff. 5.3–5.4).

Internationaler Bereich

Föderalismus war ein Thema, das die Welt im Jahre 2017 besonders bewegt hat. Während in Katalonien und in Kurdistan umstrittene Unabhängigkeitsreferenden stattfanden, zahlreiche Staaten Föderalismusreformen erwogen oder umsetzten, blieb die Frage nach der Teilung der Macht und der Ressourcen in allen Konfliktregionen der Welt ein aktuelles, wenn auch umstrittenes Thema. Die grosse Aktualität und Brisanz des Themas machte sich auch am Institut für Föderalismus bemerkbar. Viele Partnerinnen und Partner zeigten ein grosses Interesse an Erfahrungsaustausch im Bereich des schweizerischen und vergleichenden Föderalismus, der Autonomie und der Dezentralisierung und ihrem Zusammenwirken mit Frieden, Menschenrechten und Entwicklung und machten deutlich, dass die Schweiz als Partnerin für die Vermittlung einschlägiger Erfahrungen sehr gefragt ist. Verschiedene wissenschaftliche und politische Akteure aus Ländern wie Äthiopien, Belgien, China, Deutschland, Kamerun, Kanada, Irak, Israel, Italien, Myanmar, Nepal, Österreich, den Philippinen, Somalia, Spanien, Syrien und den USA haben sich mit kleineren und grösseren Bitten um Unterstützung an das Institut gewandt oder haben die Zusammenarbeit im Bereich von Lehre oder Forschung gesucht.

Auch im Jahr 2017 hat sich das Institut für den Friedensprozess in Syrien engagiert. Es fanden insgesamt fünf Workshops statt, die

vom Europäischen Zentrum für kurdische Studien in Berlin, in Erbil und in Istanbul organisiert wurden. Zielten die ersten Workshops im vergangenen Jahr noch darauf, die syrischen Kurdinnen und Kurden mit dem Thema des Föderalismus vertraut zu machen und gemeinsame Positionen zu erarbeiten, so stand das Jahr 2017 unter dem Zeichen breiterer Allianzen. An verschiedenen Veranstaltungen liessen sich Vertreterinnen und Vertreter sämtlicher Minderheiten des kriegsgeplagten Landes über Möglichkeiten des Minderheitenschutzes, der Autonomie und der Mitbestimmung informieren und erarbeiteten gemeinsame Positionen. Die Veranstaltungen brachten verschiedene Papiere hervor (Istanbul Paper I, II und III), die den Konsens der Teilnehmerinnen und Teilnehmer wiedergeben und als Grundlage für die weiteren Arbeiten dienen. Im Mittelpunkt der gemeinsamen Arbeiten standen neben der Frage des Minderheitenschutzes das zukünftige Regierungssystem Syriens, die Zusammensetzung des Parlaments, das Gerichtswesen und die richterliche Unabhängigkeit, die Kompetenzverteilung, der Fiskalföderalismus und der Umgang mit Ressourcen, die Kriterien zur Schaffung von Regionen sowie der Transitionsprozess. Für das Jahr 2018 sind bereits vier Workshops geplant, die der weiteren Konsensfindung dienen und neue Perspektiven für Friedensverhandlungen eröffnen sollen. Für die wissenschaftliche Leitung des Projekts sind Dr. Sören Keil (Kent) und Prof. Eva Maria Belser verantwortlich.

Fortgesetzt werden konnten auch die langjährigen Partnerschaften mit Äthiopien und der Region des Horns von Afrika sowie mit China. Zu Beginn des Jahres befasste sich Dr. Mengistu Arefaine intensiv mit den Möglichkeiten der engeren Zusammenarbeit in Föderalismusfragen im Horn von Afrika und der politischen und rechtlichen Situation in Eritrea. Gegen Ende des Jahres fand in Addis Abeba wiederum eine internationale Konferenz statt, die von vier Kompetenzzentren des Südens und Nordens (Addis Abeba, Kapstadt, Bozen und Freiburg) gemeinsam organisiert wurde. Thema der diesjährigen Konferenz war das subnationale Verfassungsrecht und die Notwendigkeit, nicht nur Vielfalt, sondern auch für Einheit zu sorgen, namentlich in Fragen des Menschenrechtsschutzes. Im Anschluss an die internationale Konferenz fand auch dieses Jahr ein Kolloquium für Doktorierende statt, an dem Prof. Nico Steytler, Prof. Francesco Palermo sowie Prof. Eva Maria Belser teilnahmen und das dazu diente, unsere Partnerinstitution, das *Center for Federal Studies*, bei der Ausbildung junger Forschender zu unterstützen. In China hat sich der Schwerpunkt der Zusammenarbeit in diesem Jahr von Peking in den Süden verschoben. Auf Einladung der *South China Normal University in Guangzhou*

unterrichteten Prof. Eva Maria Belser und Prof. Peter Hänni an der aufstrebenden Universität, namentlich zu Themen der Rechtsstaatlichkeit, des Eigentumsschutzes und der Verfahrensrechte. Sie hatten dabei nicht zuletzt die Gelegenheit, das von einer ehemaligen Gastforscherin gegründete Kompetenzzentrum zur Stärkung der «Rule of Law» zu unterstützen.

Im Oktober kam dem Institut die Ehre zu, die jährliche Konferenz der *International Association of Centers for Federal Studies (IACFS)* zu organisieren (vgl. dazu den Text «Im Fokus»). Dank der tatkräftigen Unterstützung von Thea Bächler und Yvonne Heiter-Steiner konnten die Direktorinnen und Direktoren der Föderalismuszentren aus aller Welt in Freiburg nicht nur erfolgreich ihre alljährliche Direktorenkonferenz durchführen und zusammen mit zahlreichen weiteren Expertinnen und Experten sowie Gästen das Thema der Gleichheit in Staaten der Vielfalt diskutieren, sondern auch das 40. Jubiläum der Vereinigung feierlich begehen. Während das Institut die organisatorischen Belange bereits an den nächsten Veranstalter in Canberra übergeben hat, wird es im 2018 noch damit beschäftigt sein, den Tagungsband der Konferenz herauszugeben und die zahlreichen wissenschaftlichen Beiträge einem breiteren Publikum zugänglich zu machen.

Um die von der DEZA nicht mehr finanzierte, aber von vielen Akteuren weiterhin gewünschte *Summer University* wenigstens im kleineren Rahmen weiterführen zu können, wurde der Kurs 2017 als Masterkurs in das reguläre Programm der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Freiburg integriert, aber für weitere Teilnehmerinnen und Teilnehmer geöffnet. Expertinnen und Experten aus Äthiopien, Grossbritannien und Indien sowie verschiedene Fachkräfte der Universität Freiburg setzten sich zusammen mit den Teilnehmenden aus der Schweiz, Belgien, Bosnien und Herzegowina sowie China während drei Wochen fundiert mit theoretischen und praktischen Fragen rund um Föderalismus, Dezentralisierung und Konfliktlösung auseinander. Auch wenn sich dieses Vorgehen im Grossen und Ganzen bewährt hat, so ist doch nicht zu übersehen, dass es interessierten Personen aus ärmeren Ländern ohne Subventionierung in der Regel verwehrt bleibt, an dem intensiven, aber kostspieligen Ausbildungsprogramm teilzunehmen.

Auch das Gastforschendenprogramm bleibt bis auf weiteres jenen Personen vorbehalten, die in der Lage sind, ihren Aufenthalt auf eigene Kosten zu finanzieren. Im vergangenen Jahr konnte das Institut sechs Gastforschende aus Äthiopien, Bosnien und Herzegowina, China, Indien und Somalia begrüßen und betreuen. Sie alle haben von der Gelegenheit profitiert, am Institut zu

forschen und neue Forschungsprojekte zu entwickeln und haben ihren Beitrag dazu geleistet, das Institut zu einem lebendigen Ort des wissenschaftlichen Austauschs zu machen. Neben zahlreichen kürzeren Besuchen von Botschaftern und anderen Gästen hat das Institut auch verschiedene Delegationen betreut, namentlich aus Myanmar und Nepal, die sich mit dem schweizerischen und anderen Varianten des Föderalismus beschäftigt und insbesondere den Austausch in Bezug auf Fragen des Fiskalföderalismus gesucht haben.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Instituts, namentlich Prof. Peter Hänni, Dr. Rekha Oleschak-Pillai, Dr. Nicolas Schmitt und Prof. Eva Maria Belser, waren auch im Jahre 2017 gefragte Referentinnen und Referenten an Weiterbildungsveranstaltungen und Konferenzen im In- und Ausland. Sie hatten Gelegenheit, einen Beitrag zum kanadischen Verfassungsjubiläum zu leisten, die Situation in Katalonien zu diskutieren, Bilanz zu ziehen über den Minderheitenschutz in Europa sowie die Besonderheiten und die neueren Entwicklungen des Schweizer Föderalismus zur Diskussion zu stellen (vgl. dazu den Überblick der Veranstaltungen hinten). Auf Ende Jahr wurde Prof. Eva Maria Belser nach einem Evaluationsprozess vom *United Nations Development Programme* in die Liste der Verfassungsexpertinnen und -experten aufgenommen, die von Akteuren der UNO für die Unterstützung von Verfassungsgebungsprozessen beigezogen werden können (*UNDP Constitution Making Experts Roster*).

3. IM FOKUS

3.1 Mitwirkung am Monitoring der chStiftung

Die chStiftung für eidgenössische Zusammenarbeit unterzieht den Schweizerischen Föderalismus seit 2005 einem Monitoring, um auf der Basis von festgestellten Entwicklungen und Trends Handlungsfelder zu definieren und nötigenfalls Massnahmen in die Wege zu leiten. Im Jahr 2012 wurde dieses Monitoring neu konzipiert. Die jährliche (summarische) Berichterstattung wird ergänzt durch einen umfassenderen Dreijahresbericht, der zusätzlich zu den Daten und Erhebungen eine politische Analyse der Herausforderungen sowie konkrete Handlungsfelder und Massnahmen zur Stärkung des Föderalismus definiert. Im Herbst 2017 ist rechtzeitig für die fünfte Nationale Föderalismuskonferenz (Montreux) der Dreijahresbericht 2014–2016 erschienen.

Das Institut wirkt seit 2005 an der Erstellung dieses Föderalismusmonitorings mit. Zu Beginn beschränkte sich die Mitwirkung auf die jährliche Ablieferung von Synthesen zur föderalismusrelevanten Literatur. Für den ersten Dreijahresbericht (2011–2013) kam die Analyse der Rechtsprechung hinzu. Im Jahr 2017 begleitete das Institut überdies das Monitoring im Bereich der kantonalen Rechtsetzung sowie die Finalisierung des Dreijahresberichts 2014–2016, dies insbesondere hinsichtlich der Heraustranskristallisierung von Trends und Herausforderungen in der besagten Beobachtungsperiode.

Bei der Analyse der zwischen 2014 und 2016 erschienenen föderalismusrelevanten Literatur hat sich gezeigt, dass sich auffallend viele Beiträge und Untersuchungen mit der zunehmenden bundesseitigen Regelungstätigkeit und der insgesamt erstarkenden Position des Bundes im föderalen Gefüge beschäftigen. Während die einen die Feststellung anhaltender und schleichend fortschreitender Zentralisierungstendenzen anhand von verschiedenen Politikbereichen (wie etwa dem Gesundheitswesen oder dem Kulturbereich) veranschaulichen, versuchen andere, deren Ursachen zu analysieren und Gegenstrategien zu entwickeln. Dabei werden beispielsweise die reflexartigen Forderungen nach einer Bundesregelung zur Problembewältigung und die Finanzhilfen des Bundes als Treiber der Zentralisierung identifiziert. Zur Eindämmung der Zentralisierung werden verschiedene Vorschläge gemacht, wie etwa der Ausbau direktdemokratischer Instrumente im Bereich der föderalistischen Aufgaben- und Finanzordnung oder die Plafonierung der Bundesausgaben. Nicht zuletzt wird die zunehmende Zentralisierung auch auf das Phänomen der «Wiederverflechtung» von Aufgaben und Finanzierungsflüssen zurückgeführt, die mit der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung (NFA) entflochten werden sollten. Diese Entwicklung nehmen einige

Stimmen zum Anlass, eine weitere Reorganisation der Aufgabenteilung anzuregen oder zumindest zu thematisieren.

Im Rahmen der Beobachtung der Rechtsprechung bestätigt sich auch für die vorliegende Zeitperiode, dass Bund und Kantone von der Möglichkeit, bundesstaatliche Streitigkeiten klageweise vom Bundesgericht beurteilen zu lassen, kaum Gebrauch machen. Streitigkeiten werden vorab auf politischem Weg bereinigt. Immerhin werden staatsrechtliche Streitigkeiten häufig über Individualbeschwerden (etwa im Zusammenhang mit der derogatorischen Kraft des Bundesrechts) an das Bundesgericht herangetragen. Weiter fällt auf, dass das Bundesgericht seine lange Zeit stark ausgeprägte föderalistische Zurückhaltung allmählich zugunsten einer sektorspezifisch-wirkungsorientierten Betrachtungsweise relativiert. Vor diesem Hintergrund sind die Entscheide zu den kantonalen Wahlsystemen zu sehen, in denen das Bundesgericht Parteistärke verzerrende, überkommene Wahlkreise ohne abfedernde Massnahmen als nicht verfassungskonform befand und auch das Majorzwahlsystem für die Kantonslegislative nur bei Vorliegen sachlicher Gründe als mit der Bundesverfassung vereinbar einstufte. Angeführt werden kann hierbei auch die mit Blick auf das Ziel der baulichen Verdichtung erfolgende und damit ergebnisorientierte Auslegung der Grundsatzkompetenz des Bundes im Bereich der Raumplanung, womit die Kantone mehr und mehr in die Rolle von Vollzugsorganen gedrängt werden. Bezeichnend ist schliesslich auch, dass das Bundesgericht bei der Frage nach der Verwertbarkeit ausserkantonal polizeilich erhobener Beweismittel die Zuständigkeitsordnung dem Interesse an der Strafverfolgung untergeordnet hat.

3.2 Föderalismus – Staatskitt oder Spaltpilz? – Internationale Konferenz zur Gleichheit in vielfältigen Staaten

Das Institut für Föderalismus hat am 12. und 13. Oktober 2017 in Freiburg eine internationale Konferenz zum Thema «*The Principle of Equality in Diverse States*» organisiert. Eingeladen waren die Direktorinnen und Direktoren der Föderalismusinstitutionen der ganzen Welt sowie weitere Expertinnen und Experten aus den Rechts-, Politik- und Wirtschaftswissenschaften, die sich mit der Organisation des Staats und der Beilegung von Konflikten befassen.

Kaum ein staatspolitisches Thema ist derzeit so aktuell wie der Föderalismus. Die Verteilung der Staatsgewalt auf verschiedene Ebenen gilt vielen als Garant für Frieden. Wo Konflikte herrschen,

ist die Föderalismusdebatte deshalb in der Regel nicht weit. Warum fordern Regionen wie Kurdistan oder Katalonien die Unabhängigkeit? Möglicherweise weil es weder dem Irak noch Spanien gelungen ist, die Staatsgewalt so zu verteilen, dass Regionen und Gemeinschaften ihre Eigenständigkeit wahren und doch Teil des grösseren Ganzen sein können. Föderalistische Staaten blieben bis anhin meist von Sezessionswünschen verschont, obwohl sie im Innern – wie etwa die Schweiz – oft besonders vielfältig sind. Wie kann es gelingen, den Föderalismus als Staatskitt zu nutzen und nicht zum Spaltpilz werden zu lassen?

Im Oktober dieses Jahres hat sich in Freiburg auf Einladung unseres Instituts die Konferenz der *International Association of Centers for Federal Studies (IACFS)* mit diesen Fragen befasst. Über fünfzig etablierte und jüngere Forschende aus Äthiopien, Australien, Belgien, Brasilien, Deutschland, Kanada, Indien, Italien, Nepal, Nigeria, Spanien, Südafrika, den USA, der Schweiz und zahlreichen andern Staaten haben ihre Forschungsergebnisse rund um Autonomie, Mitwirkung, Gleichheit und Föderalismus vorgestellt. Im Mittelpunkt stand dabei einerseits die Frage nach der Asymmetrie von Regionen: Ist es möglich und sinnvoll, dass verschiedene Regionen im gleichen Staat unterschiedliche Rechte und Pflichten haben? Sollen Staaten sich «schottlandisieren», um ihre Einheit zu schützen oder stellt dies die Gleichheit vor zu grosse Herausforderungen? Andererseits wurde debattiert, ob Autonomie dazu führen darf, dass in verschiedenen Regionen unterschiedliche Menschenrechtsstandards gelten. Muss oder darf zum Beispiel Steuerföderalismus zur Folge haben, dass sich Menschen, die in unterschiedlichen Regionen zuhause sind, mit unterschiedlichen staatlichen Leistungen und Lebensbedingungen abfinden müssen? Die Konferenz bot die Gelegenheit, diese und viele weitere Fragen zu diskutieren und in den Kontext aktueller Auseinandersetzungen und Konflikte zu stellen. Die reichhaltigen Ergebnisse der Konferenzen werden im kommenden Jahr veröffentlicht.

Im Vorfeld der Tagung trafen sich die mehr als zwanzig Direktorinnen und Direktoren der Föderalismusinstitute der Welt zu ihrer jährlichen Sitzung, die dieses Jahr unter dem Zeichen eines Jubiläums stand: Es war das 40. Mal, dass die Mitglieder von IACFS zusammenfanden, um sich über ihre Forschungsergebnisse auszutauschen und sich gemeinsam den weltweiten Herausforderungen rund um die Staatsorganisation zu stellen. Um dem Jubiläum einen würdigen Rahmen zu verschaffen, wurde die Sitzung auf Einladung von Ständerat Hans Stöckli mit einem Besuch des Bundeshauses und einigen Feierlichkeiten in Freiburg verbunden. Im Jahr zuvor

hatte die IACFS-Konferenz in Delhi stattgefunden; nächstes Jahr werden sich die Mitglieder der Vereinigung in Canberra treffen, um sich mit föderalen Aspekten der Staatsorganisation, die über die Autonomie hinausreichen, zu beschäftigen. Unser Institut, dem die Ehre zukam, die Jubiläumsausgabe der Konferenz auszurichten, wird damit für eine Weile zur Ruhe kommen.

3.3 Zum Abschied von Peter Hänni als Direktor des Instituts

Am 28. September dieses Jahres hat sich unser Kollege Prof. Peter Hänni im Rahmen einer feierlichen Abschiedsvorlesung von der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Freiburg verabschiedet, an der er seit dem Jahre 1992 als ordentlicher Professor für Staats- und Verwaltungsrecht tätig war. «25 Jahre Recht lehren – Eine Zeitreise» war das Thema, das er sich für seinen letzten offiziellen Auftritt vorgenommen hatte und das er nutzte, um Kolleginnen und Kollegen, Studierende und zahlreiche Gäste durch ein Viertel Jahrhundert Recht und Rechtswissenschaft zu führen, die tiefgreifenden Veränderungen nachzuzeichnen, die unsere Disziplin während dieser Zeit erfahren hat, auf Entwicklungen und Fehlentwicklungen aufmerksam zu machen, Zustimmung und Kritik anzubringen und Bilanz zu ziehen. Amüsantes und Skandalöses hat er auf seiner Zeitreise zu Tage gefördert und den Zuhörerinnen und Zuhörern ein lebendiges Bild von dem vermittelt, was Recht ist, wie es auf die Gesellschaft einwirkt und von dieser – im Guten und Schlechten – geformt wird.

Nachdem Peter Hänni schon viele Jahre als Vize-Direktor am Institut für Föderalismus tätig war, wurde er im Jahre 2008 zum Direktor gewählt. In dieser Funktion hat er für das Institut wichtige strategische Weichenstellungen eingeleitet und ihre Umsetzung sachgerecht begleitet. Mit der Wahl von Peter Hänni zum Direktor begann im Institut das sogenannte Triumvirat. Neu sollte, wie der frisch gewählte Direktor 2008 im Jahresbericht des Instituts schrieb, «kein Kollegialgremium» die Leitung des Instituts übernehmen. «Während Prof. Bernhard Waldmann als Leiter des Nationalen Zentrums eingesetzt ist, nimmt Frau Prof. Eva Maria Belser die Verantwortung im Internationalen Zentrum wahr, und Prof. Peter Hänni kann neben der Vertretung des Instituts nach aussen überall dort einspringen, wo ein akutes Bedürfnis besteht.»

Schon vor dem Amtsantritt hatte die neue Direktion eine Strategie vorgelegt: Das Institut sollte wieder näher an die Fakultät und an die Universität herangeführt werden, die Forschung sollte verstärkt

und sämtliche Dienstleistungen des Instituts konsequent auf seine Kerngebiete ausgerichtet werden. Gleichzeitig galt es, die Ein- und Ausgaben in ein stabiles Gleichgewicht zu bringen. Noch im gleichen Jahr konnte der Direktor im Jahresbericht erwähnen, das Institut gedeihe, die Auftragslage sei gut. Besondere Erwähnung verdiene dabei, so der Direktor, «das ausgezeichnete Klima, das in der Direktion herrsche, und viel dazu beitrage, dass anstehende Aufgaben zeitgerecht angepackt» würden. Im Jahresbericht 2009 stellte der Direktor «mit Befriedigung» fest, «dass unsere Ziele weitgehend erreicht worden sind». Das Auftragsvolumen im nationalen Bereich habe sprunghaft zugenommen, die informatikmässige Verarbeitung von Rechtsdaten sei ausgelagert, das Gewicht der Tätigkeiten verschiebe sich von der Dokumentation zur Legistik und anderen Forschungsgebieten. Gleichzeitig rückte das Institut nun tatsächlich näher an die Fakultät heran: Die Informatik wurde in die Dienste der Universität eingebunden, vor allem aber – ein riesiges und anspruchsvolles Projekt – die Bibliothek, die aus historischen Gründen eine eigene Klassifikation verwendet hatte und deshalb für die Forschungsgemeinschaft schlecht zugänglich war – wurde neu klassifiziert und in das Bibliothekssystem der Kantons- und Universitätsbibliothek (KUB) integriert. Nach fünf Jahren konnte der Direktor endlich den Erfolg vermelden: sämtliche institutseigenen Bücher und Zeitschriften waren nun auf der Internetplattform der Westschweizer Bibliotheken (RERO) abrufbar. Im Jahre 2011 trug auch die verstärkte Ausrichtung auf die Forschung sichtbare Früchte: Die Reihe der Publikationen des Instituts für Föderalismus wurde neu lanciert. Mit dem Band Föderalismus 2.0 bezog das Institut Stellung zum Zustand des Föderalismus – dies nicht zuletzt mit dem Ziel, den wissenschaftlichen Auseinandersetzungen mit dem Föderalismus Aufschwung zu verleihen und mehr Aufmerksamkeit zu gewinnen für Fragen, die die Schweiz im Kern ausmachen und für das Ausland von grossem Interesse sind.

Als die Universität und die Fakultäten sich daran machten, ihren Aussenaustritt kohärenter zu gestalten und neue Logos und Richtlinien einführten, nahm das Institut dies zum Anlass, sich grundsätzliche Gedanken zum eigenen Auftritt zu machen. Die Ergebnisse waren ein neues Logo und ein neuer Internetauftritt. Die Auseinandersetzung über das Aussen wirkte aber auch anregend nach innen. In gewissem Sinn, so der Direktor im Jahresbericht, «wurden über die Form auch die Inhalte präziser gefasst» und eine nähere Zusammenarbeit zwischen nationalem und internationalem Zentrum beschlossen. Wegleitend für das

Zusammenrücken der Zentren war die Idee, so wiederum der Direktor im Jahresbericht, «dass es letztlich in beiden Bereichen um die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit schweizerischem und vergleichendem Föderalismus, Menschenrechten und Demokratie geht».

Näherrücken wollte das Institut auch geographisch: Im Jahresbericht 2011 wird erstmals der Wunsch nach einem Umzug erwähnt, einige Jahre später konnte das Institut im Beaugard 1 einziehen. Im Jahresbericht schwärmt der Direktor vom neuen Standort: der Nähe zur Universität und zum Bahnhof, den hellen und freundlichen Räumen: «es macht Freude, hier untergebracht zu sein!», so das Fazit.

2015 zeigte sich der Direktor im Jahresbericht überrascht darüber, was alles zusammen komme, wenn man Ende Jahr Rechenschaft ablege über die geleistete Arbeit: Neue Verträge waren abgeschlossen worden, alte Partnerschaften waren konsolidiert und neue waren begründet worden, Forschungsprojekte und Gutachten waren geplant und verwirklicht, Delegationen empfangen und Interessierte aus der Schweiz und aus aller Welt geschult und weitergebildet worden. Als Titel für das, was er über das Jahr 2016 zu berichten habe, passe die Redewendung am besten, dass das einzige Beständige die dauernde Veränderung sei; sie bilde eine sinnvolle Klammer, wenn es gelte, die Ereignisse des vergangenen Jahres und die Schwerpunkte der Tätigkeit des Instituts zusammenzufassen.

Während also die Veränderung die Geschichte des Instituts ständig begleitet, ist einiges doch gleich geblieben. Das Institut ist seinem Thema und seinen Fragestellungen treu geblieben und engagiert sich mit Rat und Tat für die verantwortungsvolle Regierungsführung und die Fähigkeiten von Staaten, ihre Ziele zu erreichen. Geblieben ist auch das gute Klima in der Direktion und am Institut: Wir haben immer gerne zusammengearbeitet, konstruktiv und freundschaftlich. Es war eine Freude, mit Peter Hänni zusammenzuarbeiten; es war lehrreich, die Geschicke des Instituts zusammen mit ihm zu lenken und zu gestalten und es ist schön, Peter Hänni in seiner neuen Funktion als *Senior Advisor* weiterhin am Institut zu wissen. Wir danken ihm herzlich für sein grosses Engagement für die Belange des Instituts und freuen uns darüber, weiterhin auf seine Unterstützung und Freundschaft zählen zu dürfen.

4. ORGANISATION

4.1 Interne Entwicklungen

Mit drei befristeten Anstellungen in Verbindung mit kleinen Projekten, die Anstellung eines Doktoranden SNF und zwei Weggängen aufgrund von nicht erneuerten befristeten Arbeitsverträgen bleibt die Fluktuation im 2017 stabil.

Ein Zivildienstleistender, der bereits seinen zweiten Einsatz am Institut hatte, konnte innerhalb seines einmonatigen Dienstes die Aktualisierung der Datenbank betreffend Föderalismus abschliessen.

Der Institutsrat traf sich wie üblich zweimal und zwar im März und im Dezember 2017. Der Waadtländer Staatsrat Pascal Broulis übernimmt nebst dem Präsidium der chStiftung auch den Vorsitz des Institutsrates. Der St. Galler Regierungsrat Benedikt Würth – abgetretener Präsident – bleibt als dritter Vertreter der chStiftung Mitglied des Institutsrates.

In der Sitzung vom 4. Dezember 2017 wurde der Staatsschreiber des Kantons Bern, Herr Dr. Christoph Auer, in den Rat gewählt. Er tritt die Nachfolge von Herrn Canisius Braun, Staatssekretär des Kantons St. Gallen, an und gewährleistet somit die Vertretung der Konferenz der Staatskanzler im Institutsrat.

4.2 Institutsrat

Der Institutsrat des Instituts für Föderalismus besteht per Ende 2017 aus folgenden Mitgliedern:

Präsident

Pascal BROULIS, Staatsrat und Vorsteher des Departements für Finanzen und Aussenbeziehungen des Kantons Waadt, Vertreter der chStiftung für Eidgenössische Zusammenarbeit (Mitglied seit 2017)

Vizepräsident

Jean-Pierre SIGGEN, Staatsrat des Kantons Freiburg und Vorsteher der Direktion für Erziehung, Kultur und Sport EKSD (Mitglied seit 2014)

Übrige Mitglieder

Christoph AUER, Staatsschreiber des Kantons Bern, (Mitglied seit 2017)

Bérénice BILLOTTE, Vertreterin der Studierenden, Universität Freiburg (Mitglied seit 2017)

Anne-Sophie CONSTANS-LAMPERT, Mitarbeiterin der Regierung, Ministerium für Präsidiales und Finanzen des Fürstentums Liechtenstein (Mitglied seit 2015)

Jacques DUBEY, Professor für Staats- und Verwaltungsrecht, Universität Freiburg (Mitglied seit 2014)

Stefan MAEDER, Vertreter des Mittelbaus, Universität Freiburg (Mitglied seit 2017)

Sandra MAISSEN, Geschäftsführerin chStiftung für eidgenössische Zusammenarbeit, Solothurn (Mitglied seit 2009)

Peter MISCHLER, stv. Sekretär, Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren (Mitglied seit 2015)

Nicolas QUELOZ, Professor für Strafrecht, Universität Freiburg (Mitglied seit 2012)

Hubert STÖCKLI, Professor für Privatrecht, Universität Freiburg (Mitglied seit 2010)

Benedikt WÜRTH, Regierungsrat des Kantons St. Gallen und Vorsteher des Finanzdepartements, Vertreter der chStiftung für eidgenössische Zusammenarbeit (Mitglied seit 2013)

4.3 Mitarbeitende

Direktion



Eva Maria Belser, Prof. Dr. iur.
Co-Direktorin
Professorin für Staats- und Verwaltungsrecht
evamaria.belser@unifr.ch



Bernhard Waldmann, Prof. Dr. iur.
Co-Direktor
Professor für Staats- und Verwaltungsrecht
bernhard.waldmann@unifr.ch



Yvonne Heiter-Steiner
Direktionssekretärin (15%)
yvonne.heiter-steiner@unifr.ch



Riccarda Melchior
Direktionssekretärin (20%)
riccarda.melchior@unifr.ch



Lydia Sturny
Direktionssekretärin (15%)
lydia.sturny@unifr.ch

Nationaler Bereich

Bernhard Waldmann, Prof. Dr. iur.



Gregor Bachmann, MLaw
Diplomassistent
gregor.bachmann@unifr.ch



Klara Grossenbacher, MLaw
Wissenschaftliche Mitarbeiterin (80%)
klara.grossenbacher@unifr.ch

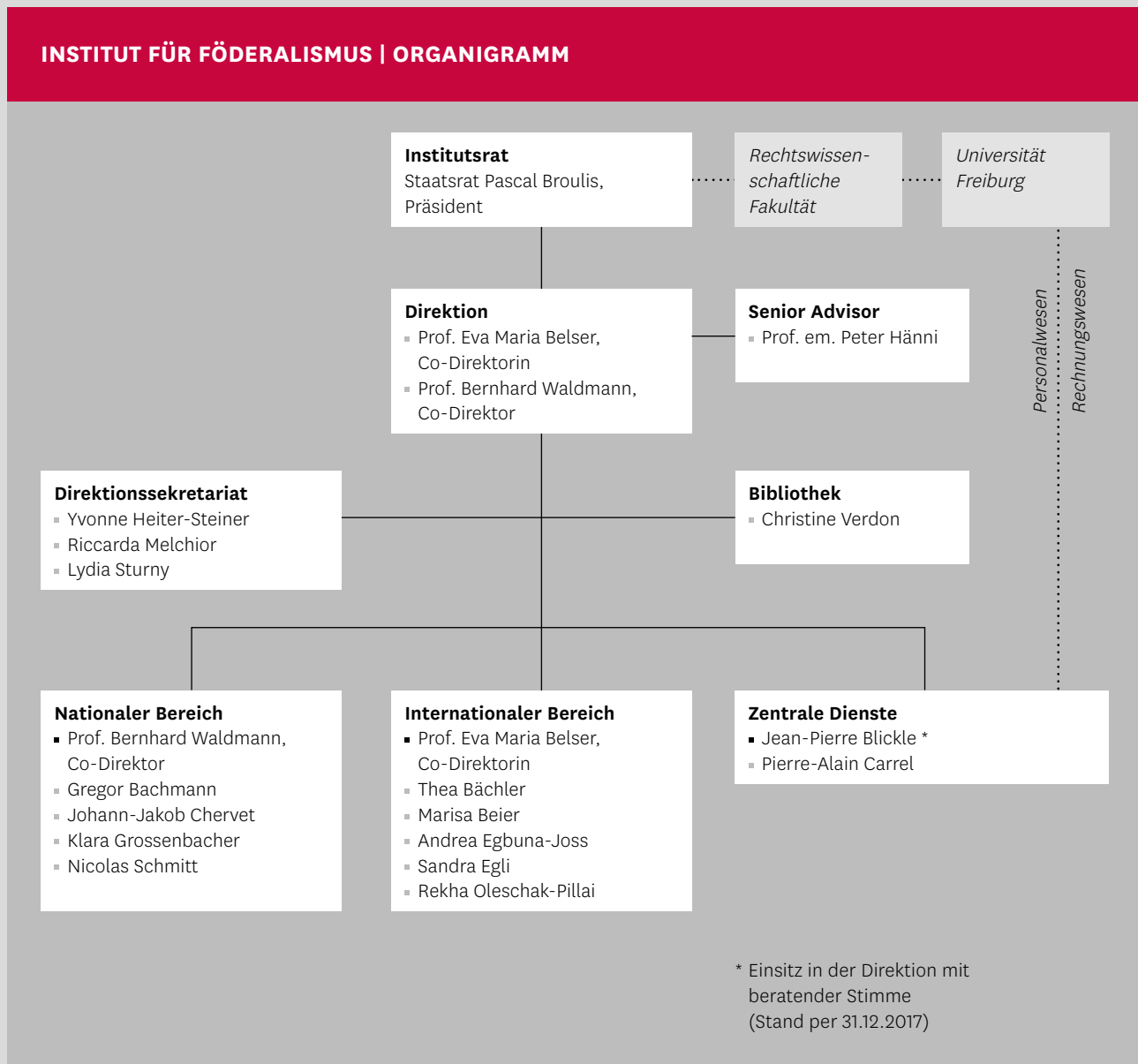


Nicolas Schmitt, Dr. iur.
Wissenschaftlicher Mitarbeiter
nicolas.schmitt@unifr.ch

Johann-Jakob Chervet, BLaw
Unterassistent
johann-jakob.chervet@unifr.ch

*Internationaler Bereich***Eva Maria Belser**, Prof. Dr. iur.**Thea Bächler**, MLaw
Doktorandin SNF (80%), Wissenschaftliche
Mitarbeiterin (20%)
thea.baechler@unifr.ch**Andrea Egbuna-Joss**, MLaw
Wissenschaftliche Mitarbeiterin (60%)
andrea.egbuna-joss@unifr.ch**Sandra Egli**, lic. phil./BLaw
Wissenschaftliche Mitarbeiterin (40%)
sandra.egli@unifr.ch**Rekha Oleschak-Pillai**, Dr. iur.
Wissenschaftliche Mitarbeiterin (20%)
rekha.oleschak@unifr.ch**Peter Hänni**, Prof. em. Dr. iur.
Senior Advisor
peter.haenni@unifr.ch**Mengistu Arefaine**, Dr. iur.Wissenschaftlicher Mitarbeiter (60%)
(bis 30.06.2017)**Marisa Beier**, BLawUnterassistentin
(01.11.2017–31.01.2018)*Bibliothek***Christine Verdon**, lic. iur.
Wissenschaftliche Mitarbeiterin (50%)
christine.verdon@unifr.ch*Zentrale Dienste***Jean-Pierre Blicke**
Geschäftsführer (80%)
jean-pierre.blicke@unifr.ch**Pierre-Alain Carrel**
Sekretär (50%)
pierre-alain.carrel@unifr.ch

4.4 Organigramm



5. DIE TÄTIGKEITSBEREICHE IM EINZELNEN

5.1 Forschung und Publikationen

THEA BÄCHLER

- Föderalismus: Auslauf- oder Zukunftsmodell für die Sozialhilfe?, in: Zeitschrift für Sozialhilfe ZESO 01/17, S. 26–27 (zusammen mit Angelika Spiess)

GREGOR BACHMANN

- Zur Anfechtbarkeit verwaltungsorganisatorischer Anordnungen, Kommentar BGE 1C_517/2016 vom 12. April 2017 (Urteil «Cazis»), in: sui generis 2017/37, S. 91–101 (zusammen mit Bernhard Waldmann)

EVA MARIA BELSER

- Gleiche Rechte im Alter, Ein Grundrechtskatalog für ältere Menschen in der Schweiz (mit Christine Kaufmann, Sabrina Ghielmini und Andrea Egbuna-Joss), Publikation des Schweizerischen Kompetenzzentrums für Menschenrechte, 2017
- Das schweizerische Ringen um die Steuerung der Zuwanderung – Von der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative und anderen Gratwanderungen, in: Rudolf Hrbek/Martin Grosse Hüttmann (Hrsg.), Hoffnung Europa – Die EU als Raum und Ziel von Migration, Baden-Baden 2017, S. 113–140 (zusammen mit Fabrizio E. Cramer)
- Vorwort, in: Kaleab Kassaye Ahmed, Umpiring a Federal System, The Ethiopian Choice in Comparative Perspective, Dissertation, Freiburg 2017, Publikationen des Instituts für Föderalismus (PIFF), Band 11, Bern 2017, VII–VIII
- Menschenrechte im Alter, Ein Überblick über die menschenrechtliche Situation älterer Personen in der Schweiz, Studie des Schweizerischen Kompetenzzentrums für Menschenrechte (mit Christine Kaufmann, Andrea Egbuna-Joss, Sabrina Ghielmini und Gabriela Medici), Bern 2017
- Wenn man frei mich wünschen liesse, wählt' ich gern ein Plätzchen mir, mitten drin im Paradiese: lieber noch – vor seiner Tür!, Quid? Fribourg Law Review 2017, S. 29–31
- Staatsorganisationsrecht (mit René Wiederkehr und Bernhard Waldmann), Zürich/Basel/Genf 2017

- Concurrent Powers as Doors to Legislative Innovation – Conditional Powers as Gates to the Blind Alley: Some Swiss Illustrations, in: Nico Steytler (Hrsg.), Concurrent Powers in Federal Systems, Making, Meaning, Managing, Leiden/Boston 2017, S. 49–69

- Ungleichheit produziert Wutbürger, Streitgespräch mit Andreas Glaser, Diskussionsleitung Gjon David und René Schuhmacher, plädoyer 06/2017 vom 20. November 2017

ANDREA EGBUNA-JOSS

- Gleiche Rechte im Alter – Ein Grundrechtskatalog für ältere Menschen in der Schweiz, 2017 (zusammen mit Eva Maria Belser, Christine Kaufmann und Sabrina Ghielmini)

PETER HÄNNI

- Gleichstellung zwischen Frauen und Männern in der EU, in: Astrid Epiney/Lena Hehemann (Hrsg.), Schweizerisches Jahrbuch für Europarecht 2016–2017, Zürich/Basel/Genf 2017, S. 37–67 (zusammen mit Tamara Iseli und Samuel Walther)
- Schweizerisches Bundesverwaltungsrecht, Personalrecht des Bundes, Band I/2, 3. Auflage, Basel 2017
- Texto Gesetzessammlung, Öffentliches Recht I, 4. Auflage, Basel 2017 (zusammen mit Eva Maria Belser und Bernhard Waldmann)

NICOLAS SCHMITT

- In the country of William Tell, the myth becomes reality: Some reflections about cantons' sovereignty, In: Euskal Autogobernuaren etorkizuna: eredu azterketa alderatua eta dimentsio europarra, S. 60–78
- La política lingüística a Suïssa: el paradigma canvia, però la complexitat es manté (Switzerland linguistic policy: paradigm shifts but complexity remains), in: Revista de Llengua i Dret (Journal of language and Law), Nr. 67, 2017, S. 86–105
- Quelques réflexions venues de Suisse: le fédéralisme européen en quête de modèle, in: Sylvia Calmes-Brunet/Arun Sagar (Hrsg.), Fédéralisme, Décentralisation et Régionalisation de l'Europe. Perspectives comparatives, Actes du colloque de Rouen, Ausgabe L'Épitoge – Lextenso, Toulouse und Rouen 2017, S. 21–43

- La seule alternative: le fédéralisme, Interview im Le Vif – L'Express, Nr. 40, 6 octobre 2017, über die Situation in Katalonien
- Paris und die französische Wüste, Interview mit Andreas Minder, in *universitas*, 01/2017/18, S. 30–31

BERNHARD WALDMANN

- Staatsorganisationsrecht, Zürich/Basel/Genf 2017 (zusammen mit Eva Maria Belser und René Wiederkehr)
- Der Schweizerische Föderalismus unter Beobachtung: Ein Monitoring aus verschiedenen Perspektiven, in: *Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung EZFF* (Hrsg.), *Jahrbuch des Föderalismus 2017*, Baden-Baden, S. 325–335
- Zur Anfechtbarkeit verwaltungsorganisatorischer Anordnungen, Kommentar BGE 1C_517/2016 vom 12. April 2017 (Urteil «Cazis»), in: *sui generis* 2017/37, S. 91–101 (zusammen mit Gregor Bachmann)
- Bauen ohne Baubewilligung?, Von klaren und den Zweifelsfällen, in: *Institut für Schweizerisches und Internationales Baurecht* (Hrsg.), *Schweizerische Baurechtstagung 2017*, Freiburg 2017, S. 31–56
- Neue Urteile – Öffentliches Recht, Ausgewählte «Leitentscheide» aus den Jahren 2015–2016, in: *Institut für Schweizerisches und Internationales Baurecht* (Hrsg.), *Schweizerische Baurechtstagung 2017*, Freiburg 2017, S. 165–181 (zusammen mit Peter Hänni)
- Umbau eines Hotels ausserhalb der Bauzone in bewirtschaftete Zweitwohnungen: Erweiterung, Wiederaufbau oder Neubau?, in: *BR/DC* 2017, S. 301–303
- Windenergie im Konflikt mit dem Natur- und Landschaftsschutz, Eine Zusammenfassung und Kommentierung des Bundesgerichtsurteils 1C_346/2014 vom 26. Oktober 2016 (Windparkzone Schwyberg), in: *FZR/RFJ* 2016/4, S. 385–404

5.2 Dienstleistungen und Study Tours

5.2.1 Expertisen

Rechtsprechung zum Schweizerischen Föderalismus (2014–2016), Analyse im Auftrag der chStiftung für eidgenössische Zusammenarbeit, Januar 2017 (**Klara Grossenbacher**)

Literatur zum Schweizerischen Föderalismus (2014–2016). Analyse im Auftrag der chStiftung für eidgenössische Zusammenarbeit, Februar 2017 (**Klara Grossenbacher**)

Begleitung des Projekts «Gebietsänderungskonkordat Bern – Freiburg im Zusammenhang mit dem Kantonswechsel der Einwohnergemeinde Clavaleyres», Konzept des Gebietsänderungskordats (**Klara Grossenbacher**)

Erstwohnungsanteil gemäss Quartiergestaltungsplan für das Tourismusresort Andermatt (**Bernhard Waldmann**)

Projekt «Raumplanerische Interessenabwägung» der Bau-, Planungs- und Umweltdirektorenkonferenz BPUK im Rahmen der zweiten Etappe der Revision des Raumplanungsgesetzes («RPG 2»), Schlussbericht und Projektbegleitung (**Bernhard Waldmann** und **Gregor Bachmann**)

Begleitgruppe zur Studie «Föderalismus und Wettbewerbsfähigkeit in der Schweiz», Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) (**Bernhard Waldmann**)

5.2.2 Study Tours

27.01., Freiburg	Empfang von Prof. Alfred Tovias von der hebräischen Universität Jerusalem, Institut für Föderalismus (Nicolas Schmitt)
08.03., Freiburg	Besuch der Herren Rafa Tajouri und Tareq Elbadri aus Libyen zur Frage, ob der Föderalismus die Lösung für Frieden in ihrem Land sein könnte, Institut für Föderalismus (Nicolas Schmitt)
10.03., Freiburg	Empfang einer Delegation von Journalisten aus Frankreich zum Thema Schweizer Föderalismus, <i>Présence Suisse</i> , Institut für Föderalismus (Nicolas Schmitt)
10.-13.03., Erbil (Irak)	«Negotiation Strategies (security, natural resources)», Weiterbildung des Kurdischen Nationalrats, Europäisches Zentrum für Kurdische Studien (zusammen mit Sören Keil) (Eva Maria Belser)
31.03., Bern	Empfang einer Delegation aus Myanmar im Rahmen des <i>Training Course on International Relations and Human Security</i> , Eidg. Departement für auswärtige Angelegenheiten EDA und <i>Geneva Center for Security Policy GCSP</i> (Nicolas Schmitt)
27.-30.04., Istanbul (Türkei)	<i>First Dialog Workshop</i> mit Mitgliedern der arabischen und kurdischen Opposition in Syrien über Optionen zur Machtteilung, Beiträge zu Motiven der Machtteilung, Formen des Föderalismus und Dezentralisierung, Gruppenarbeiten und Diskussionen, Europäisches Zentrum für Kurdische Studien (zusammen mit Sören Keil) (Eva Maria Belser)
05.05., Freiburg	Besuch einer hochrangigen Delegation aus Äthiopien; Hauptthema: Finanzföderalismus und Ressourcenallokation, insbesondere das Schweizer Modell des Finanzausgleichs, Institut für Föderalismus (Nicolas Schmitt)
24.05., Freiburg	Empfang einer Delegation aus der Republik Kongo, <i>CENI-CNDH-Société civile congolaise en Suisse</i> für eine Zusammenarbeit mit dem Institut für Föderalismus (Nicolas Schmitt)
26.-31.05., Istanbul (Türkei)	Workshop zu Minderheitenrechten und Minderheitenschutz, Wissensaufbau und Training für Vertreter von Minderheitengruppen in Syrien, Europäisches Zentrum für Kurdische Studien (zusammen mit Sören Keil) (Eva Maria Belser)
08.-10.06., Freiburg	Empfang einer Delegation von hohen Beamten des Finanzministeriums aus Nepal zum Thema Föderalismus im Allgemeinen und Finanzföderalismus im Speziellen, DEZA, Abteilung Südasiens, Institut für Föderalismus (Nicolas Schmitt)
10.07., Freiburg	Besuch einer Delegation von kommunalen Behördenmitgliedern aus dem Bezirk Rakhine (Myanmar) zum Thema Föderalismus und Multikulturalismus, Institut für Föderalismus (Nicolas Schmitt)
24.07., Murten	Besuch einer Delegation der <i>Myanmar Peace Commission</i> , Hauptthema: Einführung in den Föderalismus, EDA, in Zusammenarbeit mit dem Institut für Föderalismus, (Nicolas Schmitt)
26.07., Freiburg	Erneuter Besuch von Tareq Elbadri (Libyen) zum Thema Föderalismus in Libyen, Institut für Föderalismus (Nicolas Schmitt)
15.-17.09., Istanbul (Türkei)	Workshop über vergangene und zukünftige Weiterbildungen im Rahmen des Friedensprozesses in Syrien, Europäisches Zentrum für Kurdische Studien (zusammen mit Sören Keil) (Eva Maria Belser)
06.-10.11., Guangzhou (China)	«Lectures on Swiss Administrative Law», Gastprofessor an der <i>South China Normal University</i> , Guangzhou, China (Peter Hänni)
09.-13.11., Istanbul (Türkei)	Workshop zu Regierungssystemen, Wahlen, Macht- und Ressourcenteilung, territoriale Organisation und Transition, Weiterbildung und Training für Vertreter von Minderheiten in Syrien, Europäisches Zentrum für Kurdische Studien (zusammen mit Sören Keil) (Eva Maria Belser)
seit 2017	Schweizer Expertin für den «Moskau Mechanismus» der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) (Eva Maria Belser)
seit 2017	Expertin des <i>United Nations Development Programme (UNDP) Constitution Making Experts Roster</i> (Eva Maria Belser)

5.3 Weiterbildungen

Murtner Gesetzgebungsseminar, Grundlagenseminar I: Rechtsetzungsmethodik (3.–5. Mai 2017, Murten), in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Rechtsetzungslehre der Universität Zürich **(Bernhard Waldmann)**

Lehrtätigkeit an der *South China Normal University – School of Law, Guangzhou* (6.–9. Juni 2017, Guangzhou, China) **(Eva Maria Belser)**

Murtner Gesetzgebungsseminar, Grundlagenseminar II: Erlassredaktion (22.–24. November 2017, Murten), in Zusammenarbeit mit der Bundeskanzlei und dem Bundesamt für Justiz **(Bernhard Waldmann)**

2017 Conference of the International Association of Centers for Federal Studies, The Principle of Equality in Diverse States – Reconciling Autonomy with Equal Rights and Opportunities (12.–13. Oktober 2017, Freiburg) **(Eva Maria Belser)** und Thea Bächler)

Symposium zum Thema «The Functions and Relevance of Subnational Constitutions in Federal Systems», *Addis Ababa University* (1. Dezember 2017, Addis Abeba) **(Eva Maria Belser)**

Doktorandenseminar, *Centre for Federal Studies, Addis Ababa University*, (2.–4. Dezember 2017) **(Eva Maria Belser)**

5.4 Vorträge

09.01., Freiburg	«What Are Human Rights?», Kurseinheit im Rahmen des <i>American College Program</i> «Survey of International Organizations» (Andrea Egbuna-Joss)
25.01./01.02., Freiburg	«Neue Urteile – Öffentliches Recht, Ausgewählte Leitentscheide aus den Jahren 2015–2016», Vortrag an der Schweizerischen Baurechtstagung 2017, Universität Freiburg (Bernhard Waldmann und Peter Hänni)
25.01./01.02., Freiburg	«Bauen ohne Baubewilligung? Von klaren und den Zweifelsfällen», Vortrag an der Schweizerischen Baurechtstagung 2017, Universität Freiburg (Bernhard Waldmann)
01.02., Innsbruck (Österreich)	«Power Sharing in Integrated Federal Systems», Vortrag im Rahmen der <i>Winter School</i> zum Thema «Federalism and Governance», Universität Innsbruck (Eva Maria Belser)
02.02., Innsbruck (Österreich)	«Power Sharing in Federal Switzerland», Podiumsdiskussion im Rahmen der <i>Winter School</i> zum Thema «Federalism and Governance», Universität Innsbruck (Eva Maria Belser)
09.02., Cham	«Verwaltungstätigkeit und Verwaltungsverfahren», Vortrag im Rahmen der Zentralschweizer Praktikantenkurse (Bernhard Waldmann)
10.02., Cham	«Wiedererwägung und Revision», Vortrag im Rahmen der Zentralschweizer Praktikantenkurse (Bernhard Waldmann)
16./17.02., Genf	«Territorial Reorganisation and Special Arrangements» und «Protection of Minorities», zwei Vorträge im Rahmen des Kolloquiums zu Möglichkeiten der transnationalen/transregionalen Regierungsführung für die Ukraine und Syrien, <i>Global Studies Institute</i> (Prof. Micheline Calmy-Rey), Universität Genf (Eva Maria Belser)
01.03., Freiburg	«An Introduction to Human Rights», Vortrag im Rahmen des Bachelor-Kurses «Human Rights and Education» von Frau Prof. Cathryn Magno, Universität Freiburg (Andrea Egbuna-Joss)
16.03., Bern	«Bundesgericht unter Druck, Erläuterungen und Diskussionen rund um die Rechtsprechung und die Rolle des Bundesgerichts bei der Anwendung des Völkerrechts», Runder Tisch für Parlamentarierinnen und Parlamentarier, Schutzfaktor M (Eva Maria Belser)
21.03., Freiburg	«Demokratie – Grundlagen und aktuelle Streitfragen», Vortrag im Rahmen der Weiterbildung für die Lehrpersonen der Sekundarstufe II in Wirtschaft und Recht, Universität Freiburg (Bernhard Waldmann)

23.-24.03., Quebec (Kanada)	«Intergovernmental Relations in Times of Law Harmonisation – Horizontal Law-making by Swiss Cantons and the Democratic Deficit Debate», <i>Canada at 150: the Future of Federalism, Actors and Institutions</i> , McGill University (Eva Maria Belser)
13.04., Washington (USA)	«Foreign Affairs Federalism: A Comparative Perspective», 111. Jahrestreffen der <i>American Society of International Law</i> (Eva Maria Belser)
26.04., Freiburg	«Rechtsverweigerung und Rechtsverzögerung», Vortrag im Rahmen des Semesterkurses Verwaltungsprozessrecht von Prof. Peter Hänni, Universität Freiburg (Gregor Bachmann)
28.04., Istanbul (Türkei)	«Gründe für eine gewaltenteilige Staatsorganisation», Dialog Workshop mit Mitgliedern der Arabischen und Kurdischen Opposition in Syrien, Europäisches Zentrum für Kurdische Studien (Eva Maria Belser)
29.04., Istanbul (Türkei)	«Formen der gewaltenteiligen Staatsorganisation», Dialog Workshop mit Mitgliedern der Arabischen und Kurdischen Opposition in Syrien, Europäisches Zentrum für Kurdische Studien (Eva Maria Belser)
03.05., Murten	«Regelungsinstrumente», Vortrag am Murtner Gesetzgebungsseminar zur Rechtsetzungsmethodik, Institut für Föderalismus und Zentrum für Rechtsetzungslehre der Universität Zürich (Bernhard Waldmann)
05.05., Eupen (Belgien)	«Small is complicated – Reform for better governance in Switzerland», Kongress der lokalen und regionalen Behörden zum Thema «Successful territorial reform, Causes and methods of subnational reform in Council of Europe member states» (Eva Maria Belser)
27.05., Istanbul (Türkei)	«Minderheitenrechte und Minderheitenschutz – Nationale und internationale Standards», Vortrag im Rahmen eines Workshops zum Thema «Minderheitenrechte und Minderheitenschutz», Europäisches Zentrum für Kurdische Studien (Eva Maria Belser)
28.05., Istanbul (Türkei)	«Minderheitenrechte und Minderheitenschutz – Fallstudien», Vortrag im Rahmen eines Workshops zum Thema «Minderheitenrechte und Minderheitenschutz», Europäisches Zentrum für Kurdische Studien (Eva Maria Belser)
02.06., Freiburg	«Digitalisierung und Datenschutz – ein Kommentar», Universität Freiburg (Eva Maria Belser)
06.06., Guangzhou (China)	«Introduction to Swiss Public Law», <i>South China University, School of Law, Guangzhou</i> (Eva Maria Belser)
07./08.06., Guangzhou (China)	«The Referendum – Swiss Direct-Democratic Rights» und «Planning, Expropriation and Compensation», zwei Vorträge an der <i>South China University, School of Law, Guangzhou</i> (Eva Maria Belser)
09.06., Yunfu City (China)	«Local Government – Functions and Challenges from a Comparative Perspective», Vortrag organisiert von der <i>South China University, School of Law, Guangzhou</i> (Eva Maria Belser)
11./27.06., Freiburg	«Fédéralisme en Suisse» und «Démocratie directe en Suisse», zwei Vorträge im Kurdischen Zentrum Freiburg, Kulturverein von Mesopotamien der Kurdischen Gemeinschaft Kanton Freiburg (Nicolas Schmitt)
26.06., Freiburg	«International Human Rights Law: An Introduction», Kurseinheit im Rahmen des <i>American College Program</i> «Survey of International Organizations» (Andrea Egbuna-Joss)
27.06., Freiburg	«The Role of International Organizations», Kurseinheit im Rahmen des <i>American College Program</i> «Survey of International Organizations» (Andrea Egbuna-Joss)
05./07.07., Kopenhagen (Dänemark)	«Comparative Federalism – Constitutional Arrangements and Case Law: Book Discussion» und «Revisiting the Counter-majoritarian Role of Courts – The Judicial Protection of Human Rights in Times of Popular Pressure not to do so», <i>ICON-S 2017 International Society of Public Law</i> , Universität Kopenhagen (Eva Maria Belser)
20.08., Canterbury (England)	«Federalism in the USA», Vortrag im Rahmen der <i>Summer School</i> zum Thema «Federalism, Multinationalism and the Future of Europe», <i>Canterbury Christ Church University</i> (Nicolas Schmitt)

22.08., Canterbury (England)	«Protecting Minority Rights», Vortrag im Rahmen der Summer School zum Thema «Federalism, Multinationalism and the Future of Europe», <i>Canterbury Christ Church University</i> (Eva Maria Belser)
06.09., Tel Aviv (Israel)	«Confederalism, Federalism and Conflict Mitigation, Power-Sharing Mechanisms and their Usage in Deeply Divided Societies», Vortrag im Rahmen eines Workshops zum Thema «Is a Confederation applicable to the Israel-Palestinian situation?», organisiert durch das <i>Institute for National Security Studies (INSS)</i> und die Schweizerische Botschaft in Tel Aviv (Eva Maria Belser)
11.09., Bellinzona	Pressekonferenz von Herrn Siccardi über die Tessiner Initiative zur Vermittlung von politischer Bildung, organisiert vom Organisationskomitee «Educazione civica, alla cittadinanza e alla democrazia» (Nicolas Schmitt)
15.09., Freiburg	«Ein neues Datenschutzgesetz für die Schweiz», Vortrag im Rahmen der Ius-Alumni-Tagung, Universität Freiburg (Bernhard Waldmann)
25.09., Freiburg	«Federalism in the USA», Vortrag im Rahmen des Blockkurses im Masterprogramm «Federalism, Decentralisation and Conflict Resolution», Universität Freiburg (Nicolas Schmitt)
28.09., Freiburg	«25 Jahre Recht lehren – Eine Zeitreise», Abschiedsvorlesung, Universität Freiburg (Peter Hänni)
02.10., Zürich	«Gegen Wahlen – Streitgespräch mit Eva Maria Belser und Andreas Glaser», Plädoyer Gespräch unter der Leitung von Gjon David und René Schumacher, (Eva Maria Belser)
04.10., Saarbrücken (Deutschland)	«Das Recht des öffentlichen Dienstes in der Schweiz», Vortrag im Gesprächskreis «Verwaltung» der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer VDStRL (Peter Hänni)
12.10., Freiburg	«Balancing Autonomy and Human Rights – Can We Accept Unequal Human Rights Standards in Federal States?», Vortrag im Rahmen der <i>2017 Conference of the International Associations of Centers for Federal Studies</i> , Institut für Föderalismus (Eva Maria Belser)
13.10., Freiburg	«The Tension between Cantonal Autonomy and the Principle of Equality», Vortrag im Rahmen der <i>2017 Conference of the International Associations of Centers for Federal Studies</i> , Institut für Föderalismus (Peter Hänni)
13.10., Freiburg	«Equality Among Individuals in Need and Among the Subnational Entities Supporting Them: Reviewing the Provision of Social Welfare in a Federal State», Vortrag im Rahmen der <i>2017 Conference of the International Association of Centers for Federal Studies</i> , Institut für Föderalismus (Thea Bächler)
26.–27.10., Bozen (Italien)	«Direkte und partizipative Formen der Demokratie in der Schweiz» Jahrbuch des Föderalismus, Autorenworkshop zum Thema «Governance auf dem Prüfstand: Direkte und deliberative Demokratie in Europa», EURAC (Eva Maria Belser)
02.11., Bern	«Die Verantwortlichkeit der Behördenmitglieder im Bund, vom Umgang mit Elite-Bashing im demokratischen Rechtsstaat», Weiterbildungstagung Kompetenzzentrum für Public Management: «Wer regiert die Schweiz» (Eva Maria Belser)
02.11., Zürich	«Kopftücher am Schalter, Kreuze im Büro – Ein Überblick über die neue Rechtsprechung zu den religiösen Symbolen am Arbeitsplatz», Zürcher Juristenverein (Eva Maria Belser)
08.11., Freiburg	Teilnahme an einer öffentlichen Debatte über die Fusion von <i>Grand Fribourg</i> (Nicolas Schmitt)
13.11., Freiburg	Besuch von M. Raghunandan, im Rahmen der Verleihung des Ehrendoktors des <i>Dies academicus</i> , Universität Freiburg (Nicolas Schmitt)
16.11., Zürich	«Datenschutz – Eine Betrachtung aus verschiedenen Perspektiven», Vortrag am EOS Forum 2017, Datenschutz versus Forderungsmanagement (Bernhard Waldmann)

22.11., Saragossa (Spanien)	«New Tendencies of Federalism in Europe, An Assessment on the Last Decade of Swiss Federalism», Observatory VIII zum Thema «New Tendencies of Federalism in Europe», organisiert durch die <i>Manuel Giménez Abad Foundation</i> , das <i>Instituto de Derecho Público de Barcelona</i> und die Friedrich Ebert Stiftung (Eva Maria Belser)
23.11., Murten	«Aufbau und Systematik von Erlassen», Vortrag am Murtner Gesetzgebungsseminar zum Handwerk der Gesetzesredaktion, Institut für Föderalismus (Peter Hänni)
23.11., Murten	«Normtypen», Vortrag am Murtner Gesetzgebungsseminar zum Handwerk der Gesetzesredaktion, Institut für Föderalismus (Bernhard Waldmann)
27.11., Lausanne	«Démocratie et minorités», CUSO Seminar für Doktorandinnen und Doktoranden, Universität Lausanne (zusammen mit Sandrine Baume) (Eva Maria Belser)
01.12., Luzern	«Die neuere Praxis des BGER und des BVGER zur ordentlichen und ausserordentlichen Beendigung öffentlich-rechtlicher Dienstverhältnisse», Vortrag an der St. Galler Tagung zum öffentlichen Personalrecht (Peter Hänni)
01.12., Addis Abeba (Äthiopien)	«Protecting Unity in Federal States: Homogeneity Clauses and their Enforcement», Vortrag im Rahmen eines Symposiums zum Thema «The Functions and Relevance of Subnational Constitutions in Federal Systems», <i>Addis Ababa University</i> (Eva Maria Belser)
02.12., Addis Abeba (Äthiopien)	«Federalism and Conflict Resolution» und «The Protection of Minorities», Vorträge im Rahmen eines Doktorandenseminars, Centre for Federal Studies, Addis Ababa University (Eva Maria Belser)
06.12., Genf	«Comparaison des systèmes fédéraux et des systèmes décentralisés» und «Fédéralisme: le cas de la Suisse», zwei Vorträge zu guter Regierungsführung und Migration für Diplomaten aus Kamerun im Geneva Centre for Security Policy (GCSP) (Nicolas Schmitt)
07.12., Bern	«Arbeit – Alter – Menschenrechte», Öffentliche Veranstaltung und Podiumsdiskussion des Schweizerischen Kompetenzzentrums für Menschenrechte (Eva Maria Belser)

Impressum:

Institut für Föderalismus

Av. Beauregard 1

CH-1700 Freiburg

Tel. +41 (0) 26 300 81 25

E-Mail: federalism@unifr.ch

<http://www.federalism.ch>

Auflage: 350

Redaktion: Institut für Föderalismus

(Koordination: Riccarda Melchior)

Portraits: Hugues Siegenthaler, Lausanne

Grafik: Daniel Wynistorf, Bern

Druck: Canisius AG, Freiburg

1. AVANT-PROPOS

Le 1^{er} août 2017, nous avons repris à deux la direction de l'Institut du Fédéralisme (IFF). Dans notre premier rapport annuel conjoint adressé aux organes responsables et aux personnes intéressées, nous ne voulons pas seulement faire œuvre rétrospective en rendant compte de nos activités, mais nous voulons également proposer un bref état des lieux et nous risquer à une vision prospective.

1.1 Rétrospective

En 2017, le thème du fédéralisme a suscité un grand intérêt dans le monde juridique, parmi les politiciens et dans les médias. Alors qu'en Suisse diverses contestations juridiques et politiques ont remis en cause des questions aussi importantes que la répartition des compétences et la coopération, à l'étranger aussi, dans des pays comme le Royaume-Uni, l'Irak, l'Italie et l'Espagne, divers événements conflictuels ont reposé la question du juste équilibre entre unité et diversité.

Nous nous réjouissons donc également de nous remémorer une année fédérale placée sous le signe de nos multiples activités traditionnelles, mais également de quelques accents nouveaux. En 2017, l'Institut a une fois de plus réussi à se positionner grâce à un riche éventail d'activités dans les domaines de la recherche, de l'enseignement, de la formation continue et des services, mais également à jouer son rôle de centre de compétences national et international dans le domaine de la bonne gouvernance. Il convient à ce titre de mentionner tout spécialement la publication d'un manuel consacré au droit de l'organisation étatique suisse, la mise sur pied d'une conférence internationale sur le thème « *The Principle of Equality in Diverse States* », la participation à la rédaction du dernier rapport triennal de la Fondation ch sur le monitoring du fédéralisme suisse, la visite de nombreuses délégations, l'activité d'enseignement en Chine et la réalisation de plusieurs études consacrées à la gestion administrative dans les cantons. Simultanément, l'Institut a renforcé son activité liée au monitoring du fédéralisme tout en soignant ses contacts, anciens et nouveaux, avec des partenaires suisses et étrangers. Les activités spécifiques seront présentées de manière plus détaillées aux chapitres 2 et 3, ou sinon elles figurent dans l'énumération des tâches à la fin de ce rapport.

1.2 Des changements significatifs

L'année 2017 a pourtant aussi été placée sous le signe de profonds changements. Ceux-ci concernent au premier chef la composition personnelle des organes dirigeants, mais également le financement de l'Institut.

a) Changement à la tête du Conseil de l'Institut

Le 1^{er} février 2017, M. Pascal Broulis, Conseiller d'Etat du canton de Vaud, en sa qualité de nouveau président de la Fondation ch pour la Collaboration confédérale, a également repris la présidence du Conseil de l'Institut. Son prédécesseur, le Conseiller d'Etat saint-gallois Benedikt Würth, reste cependant membre du Conseil où il prend la place du Conseiller d'Etat bernois Hans-Jürg Käser.

Un autre changement s'est déroulé en automne. Monsieur Canisius Braun, un fidèle parmi les fidèles de l'Institut, tout d'abord en sa qualité de directeur de la Fondation ch puis comme Chancelier d'Etat du canton de St.Gall, a annoncé son départ du conseil pour la fin de l'année. Son successeur a été désigné en décembre en la personne du Chancelier d'Etat du canton de Berne, M. Christoph Auer. Nous tenons à remercier ici de tout cœur les membres démissionnaires pour leur engagement sans faille en faveur de notre Centre de compétences, et dans le même temps nous nous réjouissons de travailler avec les nouvelles personnalités que le Conseil accueille en son sein.

b) Changement au sein de la direction

Un autre changement a affecté la direction de l'Institut. Le prof. Peter Hänni, qui a dirigé avec nous l'Institut depuis 2008 en qualité de « primus inter pares », est devenu professeur émérite le 31 juillet 2017, date à laquelle il a quitté la direction. Nous sommes cependant très heureux de pouvoir continuer à compter sur lui en tant que « *Senior Advisor* » pour la prise en charge de certaines tâches spécifiques. Pour exprimer toute notre reconnaissance à l'égard d'une si longue collaboration, nous consacrons à notre collègue émérite un paragraphe spécifique dans ce Rapport annuel.

c) Réaménagement des activités dans le domaine international

Depuis 1997, la plus grande partie des activités internationales de l'Institut, qui concernaient des pays en voie de développement ou de transition, étaient financées par la Division du Développement et de la Coopération (DDC). Cette longue collaboration a pris fin abruptement en novembre 2016, après une soumission

publique pour laquelle l'offre de l'Institut n'a pas été prise en considération. La fin des relations contractuelles avec la DDC a très largement entraîné l'arrêt du financement pour la poursuite et le développement des activités internationales de l'Institut. Cette échéance s'est vérifiée notamment pour la *Summer University*, à laquelle une quarantaine de personnes venues de pays fragiles ou victimes de conflits prenaient part chaque année, pour l'accueil de délégations, pour l'organisation de *Study Tours*, pour le programme des chercheurs invités, pour la collaboration avec des institutions partenaires, sans compter les innombrables coups de main et autres prestations plus ou moins ambitieuses que l'Institut avait pu fournir dans le passé à ses partenaires dans des pays en développement et en transition. Provoquées par des pressions politiques, des discussions se sont déroulées au cours de l'été et de l'automne avec le Département fédéral des Affaires étrangères (DFAE), non seulement dans le but de clarifier les événements passés, mais également pour jeter les bases d'une réorganisation de la collaboration dans le futur. De nombreuses concertations, tant à l'interne qu'à l'extérieur de la DDC, ont permis de confirmer que les prestations de l'Institut étaient largement appréciées et considérées comme importantes pour la collaboration internationale de la Suisse, non seulement dans le contexte de l'aide au développement au sens étroit, mais également pour la sauvegarde de la paix, de la démocratie et des droits de l'homme dans les Etats partenaires de la Suisse. C'est la raison pour laquelle une convention-cadre entre l'Institut et le DFAE doit organiser la collaboration sur de nouvelles bases et définir des principes pour la coopération future. La nouvelle convention doit permettre à tous les acteurs du Département de faire appel aux services de l'Institut si le besoin s'en fait sentir; par la même occasion, elle doit faciliter les échanges réciproques d'informations et la coordination des différentes activités internationales.

Mais si nous relevons avec satisfaction le fait qu'il ait été possible durant la seconde moitié de l'année 2017 de rechercher et de trouver des solutions constructives permettant la poursuite de la collaboration entre l'IFF et la Confédération dans le domaine international, il ne faut pas pour autant se leurrer: le nouveau contrat représente une simple convention-cadre qui, en elle-même, n'engage le DFAE à aucune prestation à caractère obligatoire et ne permet donc pas à l'Institut de maintenir ses prestations au niveau antérieur. Quant à savoir si et dans quelle mesure la nouvelle convention drainera vers l'Institut des mandats qui seront défrayés, la question reste ouverte, ce qui rend la planification toujours aussi délicate, notamment en termes de

personnel. De manière à permettre à l'Institut de remplir à l'avenir aussi son rôle de centre de compétences reconnu dans les domaines du fédéralisme, de la décentralisation, de la démocratisation, de la gestion des conflits et de la constitutionnalisation dans le domaine international, de réagir avec rapidité et souplesse aux besoins exprimés par des régions en crise et de préserver des relations privilégiées avec des acteurs sur le terrain, l'Institut doit se mettre en quête d'un financement de base qui lui permettrait de planifier et de réaliser de manière indépendante des projets internationaux et de s'attacher sur le long terme les services de collaborateurs-trices expérimenté-e-s. Le fait qu'un tel rôle attribué à l'Institut sur la scène internationale soit recherché, et que la Suisse dispose dans ce domaine d'un marché de niche dans la coopération internationale, qu'elle promeuve le développement durable et qu'elle se trouve en harmonie avec les objectifs de l'ONU touchant au développement durable, tout cela est confirmé par les demandes de soutien à une amélioration de la gouvernance qui parviennent presque quotidiennement à l'Institut.

1.3 Où est-on et où va-t-on?

A l'heure actuelle, l'Institut traverse une importante période de transition. A côté des grandes incertitudes qui planent sur le financement de ses activités dans le domaine international, quelques points d'interrogation ponctuent également le financement de ses activités sur le plan national. Le contrat triennal avec la Fondation ch pour la Collaboration confédérale portant sur les prestations de base de l'Institut est arrivé à son terme à la fin 2017. Les rapports contractuels doivent se poursuivre; mais en raison d'une réorganisation du monitoring du fédéralisme réalisé par la Fondation ch, leur contenu précis n'a pas encore pu être déterminé. Quoi qu'il en soit, la Fondation ch est à même d'assurer à l'Institut un socle financier pour 2018 qui lui permet de poursuivre, entièrement ou au moins partiellement, certaines activités de base (en particulier le monitoring du fédéralisme réalisé par l'Institut lui-même ou la publication de la Newsletter consacrée aux derniers développements du fédéralisme suisse). Des négociations sont en cours quant à un nouveau contrat portant sur le long terme.

Les expériences des dernières années trahissent une certaine réticence des pouvoirs publics à subventionner des centres de compétences à vocation scientifique. Que ce soit dans le domaine

2. L'ANNÉE 2017 EN BREF

national ou international, la préférence est donnée à l'achat de prestations spécifiques ou à tout le moins à un bouquet de prestations dans un paquet global. Mais pour que l'Institut, parallèlement à ses activités d'enseignement, de recherche et de formation continue, puisse fournir des prestations, il faut une certaine dotation en personnel qui permette de réagir de manière rapide et compétente aux questions posées (et qui réclament souvent des réponses rapides). Les administrations publiques sont mises aujourd'hui sous pression pour qu'elles fassent des économies. L'intérêt pour un centre de compétences scientifiques qui – au-delà de l'attribution de mandats spécifiques – se consacre de manière approfondie aux questions de l'organisation fédérale des Etats, en théorie mais sans négliger les implications pratiques, qui propose des développements et qui en accompagne la mise en œuvre, semble certes bien présent, mais la propension à offrir un financement de base pour de telles prestations reste étroitement limitée. En fin de compte, cette générosité ne peut être encouragée que par le biais de la politique. Il nous semble que la cause du fédéralisme, auquel la Suisse doit – ne serait-ce que partiellement – sa réussite et qui est préconisé dans toutes les régions en conflits comme un mécanisme permettant de garantir la coexistence pacifique de populations hétérogènes, mériterait d'être soutenue de manière plus fondamentale et pas seulement *ad hoc* quand le besoin s'en fait sentir.

1.4 Remerciements

C'est une agréable tâche qui incombe à la direction que de remercier très sincèrement les anciens et les nouveaux membres du Conseil pour leur engagement inlassable envers notre Institut, mais aussi l'Université de Fribourg et sa Faculté de Droit pour la confiance qu'ils ont placée en nous et dans les activités de l'Institut. Sans le soutien indéfectible de nos supporters et de nos partenaires, l'Institut serait dans l'impossibilité de remplir toutes ses tâches d'enseignement, de recherche et de conseil. Un remerciement tout particulier s'adresse également à nos collaborateurs et nos collaboratrices pour leur fidélité et leur dévouement infatigable pour la cause du fédéralisme tout au long de cette année exaltante, mais exigeante, placée sous le signe des changements.

Eva Maria Belser
Bernhard Waldmann

Domaine national

Cela fait déjà plusieurs années que l'Institut développe son propre monitoring, qui lui permet d'analyser et d'évaluer les développements relatifs au fédéralisme dans la législation et dans la jurisprudence de la Confédération et des cantons, mais également dans les livres et les revues scientifiques relatives au fédéralisme. Tous ces enseignements permettent bien évidemment d'enrichir le monitoring du fédéralisme organisé par la Fondation ch pour la Collaboration confédérale (cf. à ce propos ci-dessous ch. 3.1), mais ils servent également à nos propres recherches. Cette observation scrupuleuse permet à l'Institut d'exprimer des avis autorisés sur le développement de tendances à moyen et long terme. De la sorte, nous avons pu cette année encore publier quatre éditions de la Newsletter sur le fédéralisme, qui fait référence aux derniers développements mais propose également des articles de fond sur des domaines politiques spécifiques, et quatre éditions de la Newsletter toujours plus appréciée consacrée aux votations cantonales.

Au nombre des réalisations particulièrement marquantes de l'année 2017, on trouve quelques avis de droit et conduites de projets d'une certaine ampleur. C'est ainsi que l'Institut a réalisé une analyse comparative des administrations territoriales décentralisées dans les cantons de Berne, Fribourg, Neuchâtel et Vaud; la recherche offre une présentation systématique de la répartition des compétences entre les communes, les collectivités territoriales (associations de communes), les entités administratives territorialement déconcentrées (districts) et le canton. En outre, l'Institut a accompagné les travaux préparatoires devant conduire à un concordat, assorti d'une convention d'exécution, visant une modification territoriale, à savoir la fusion entre la commune bernoise de Clavaleyres et la commune fribourgeoise de Morat. Dans un autre avis de droit, l'Institut a analysé la présence, l'aménagement et les effets des formes d'organisation des «offices» et des «établissements dépourvus de personnalité juridique» dans les fondements juridiques des cantons. Par ailleurs, l'Institut a réalisé pour le compte du Conseil de l'Europe une étude sur le bilinguisme de la commune de Bosco Gurin (TI). Au surplus, l'Institut a accompagné un groupe de travail de la Conférence suisse des directeurs cantonaux des travaux publics, de l'aménagement du territoire et de l'environnement (DTAP) dans le contexte de la réalisation d'une étude portant sur les faiblesses, les défis et les obstacles lors de la pesée des intérêts dans le domaine de l'aménagement du territoire. Finalement, il a fait partie du groupe d'accompagnement scientifique pour une étude mandatée par la Conférence des gouvernements cantonaux (CdC) «Fédéralisme et compétitivité

en Suisse» (cf. ci-après la liste détaillée des mandats sous ch. 5.1.). Dans le domaine de la formation continue et du transfert des connaissances, il convient de mentionner les Séminaires de législation de Morat. En 2017, l'Institut a organisé une fois encore un premier séminaire sur la légistique (ou méthode législative, en collaboration avec le Centre de légistique de l'Université de Zurich), suivi d'un second portant sur la rédaction législative (en collaboration avec la Chancellerie fédérale et l'Office fédéral de la justice). Il faut souligner par ailleurs la publication d'un manuel consacré au droit de l'organisation étatique rédigé par Eva Maria Belser et Bernhard Waldmann avec leur collègue René Wiederkehr. Le manuel se focalise sur l'organisation et les procédures de l'Etat fédéral suisse. Mais pour une meilleure compréhension du système, des questions fondamentales relevant de la théorie générale du droit sont également abordées et appliquées au contexte helvétique – comme le concept d'Etat, les formes de l'Etat et les systèmes gouvernementaux, ainsi que les buts et les fonctions de l'Etat. L'ouvrage ne s'adresse pas seulement aux étudiants, mais à toutes les personnes intéressées à l'Etat, à son organisation et à ses procédures (cf. ci-dessous la liste détaillée des publications sous ch. 5.3–5.4.).

Domaine international

Le fédéralisme est un thème qui a particulièrement marqué le monde en 2017. Pendant que des référendums d'indépendance litigieux étaient organisés en Catalogne et dans le Kurdistan, et tandis que de nombreux Etats ont imaginé ou réalisé des réformes de type fédéral, la question de la répartition du pouvoir et des ressources est restée d'actualité dans toutes les régions en conflit du monde, même si elle reste généralement contestée. La grande actualité et la gravité de cette thématique ont été perçues jusqu'à l'Institut du Fédéralisme. Plusieurs de nos partenaires ont fait preuve d'un grand intérêt pour l'échange d'expériences dans le domaine du fédéralisme suisse et comparé, de l'autonomie et de la décentralisation, et de leurs connexions avec la paix, les droits de l'homme et le développement, ce qui a clairement rappelé que la Suisse est un partenaire très recherché pour la transmission d'expériences de grande valeur. Divers acteurs à la fois scientifiques ou politiques provenant de pays aussi divers que l'Allemagne, l'Autriche, la Belgique, le Cameroun, le Canada, la Chine, l'Espagne, les Etats-Unis, l'Ethiopie, l'Irak, Israël, l'Italie, le Myanmar, le Népal, les Philippines, la Somalie et la Syrie ont adressé à l'Institut des demandes de soutien plus ou moins conséquentes, ou alors ont exprimé leur intérêt pour une collaboration dans le domaine de l'enseignement ou de la recherche. En 2017, l'Institut s'est une fois de plus engagé pour le processus de

paix en Syrie. Pas moins de cinq ateliers de travail ont été organisés à ce sujet, à Erbil et à Istanbul, par le Centre européen d'études kurdes (*Europäisches Zentrum für kurdische Studien*) de Berlin. Si en 2016 les premiers ateliers avaient encore pour but de familiariser les Kurdes de Syrie avec la question du fédéralisme et de les inviter à élaborer des prises de position communes, l'année 2017 a été placée sous le signe d'un élargissement de ces alliances. Plusieurs conférences ont été organisées pour permettre aux représentants de toutes les minorités de ce pays bouleversé par la guerre de recevoir des informations sur les possibilités offertes par la protection des minorités, l'autonomie et la codécision, et leur permettre ainsi d'élaborer des stratégies communes. Ces réunions ont débouché sur différentes prises de position (Istanbul I, II et III) qui reflètent le consensus entre les participants et servent de base pour les travaux futurs. Ces conciliabules se sont focalisés – à part bien entendu la protection des minorités – sur le futur régime politique de la Syrie, la composition du parlement, les tribunaux et l'indépendance de la justice, la répartition des compétences, le fédéralisme financier et la gestion des ressources, les critères permettant la formation de régions et le régime transitoire. Pour l'année 2018, pas moins de quatre réunions sont déjà prévues, qui devraient permettre d'élargir le consensus pour ouvrir de nouvelles perspectives aux négociations de paix. Le Dr. Sören Keil (Kent) et la prof. Eva Maria Belser sont responsables de la direction scientifique du projet.

Parmi les autres activités qu'il a également été possible de poursuivre, il faut noter les partenariats de longue date avec l'Ethiopie et la Corne de l'Afrique, mais aussi avec la Chine. Au début de l'année, le Dr. Mengistu Arefaine a étudié de manière approfondie les possibilités d'une collaboration plus étroite sur les questions du fédéralisme dans la Corne de l'Afrique; il s'est également penché sur la situation politique et juridique en Erythrée. A la fin de l'année 2017, une nouvelle conférence internationale s'est tenue à Addis Abeba, organisée conjointement par quatre Centres de compétences représentant le Nord aussi bien que le Sud (Addis Abeba, Le Cap, Bolzano/Bozen et Fribourg). Le thème de cette conférence annuelle était le droit constitutionnel subétatique et la nécessité de veiller non seulement à la diversité, mais également à l'unité, notamment pour les questions de protection des droits de l'Homme. A la suite de la Conférence proprement dite s'est tenu un colloque réservé aux doctorants, auquel la prof. Eva Maria Belser a participé aux côtés des prof. Nico Steytler et Francesco Palermo, ce qui a permis de soutenir notre partenaire, le *Center for Federal Studies*, dans son travail de formation des jeunes chercheurs. De son côté, le centre de gravité de la collaboration avec

la Chine s'est déplacé cette année de Pékin vers le Sud. A l'invitation de la *South China Normal University* de Canton (Guangzhou), les prof. Eva Maria Belser et Peter Hänni ont enseigné dans cet établissement en plein essor, notamment sur les thèmes de l'Etat de droit, de la protection de la propriété et des droits procéduraux. Cette expérience leur a donné l'occasion de soutenir le Centre de compétence relatif au renforcement de l'Etat de droit, fondé par une ancienne chercheuse-invitée de l'Institut.

En octobre, l'Institut a eu l'honneur et le privilège d'organiser la réunion annuelle de l'Association internationale des Centres d'étude du Fédéralisme (IACFS en anglais; cf. à ce propos la rubrique «Sous la loupe»). Grâce au soutien logistique sans faille de Thea Bächler et Yvonne Heiter-Steiner, les directeurs et directrices des Centres d'étude du fédéralisme installés aux quatre coins du monde ont pu se retrouver à Fribourg, non seulement pour participer à la réunion annuelle des directeurs et directrices, dont la tenue a été un succès, mais aussi pour aborder avec d'innombrables autres experts et invités le thème de l'égalité dans des Etats marqués par la diversité, et finalement – et surtout – pour fêter le quarantième anniversaire de l'association. Alors que l'Institut a transmis le témoin de la manifestation aux organisateurs de sa prochaine édition à Canberra (Australie), il s'agira encore en 2018 de publier le volume consacré aux «Actes» de la réunion et de rendre accessible à un plus large public les innombrables contributions scientifiques qu'elle a permis de produire.

Afin de pouvoir poursuivre, fut-ce sous une forme réduite, la *Summer University* qui n'est plus financée par la DDC mais qui reste appréciée de tant de monde, l'édition 2017 a été intégrée comme cours de Master dans le programme régulier de la Faculté de droit, ouvert cependant à des participants venus d'ailleurs. Des experts et des expertes venus d'Ethiopie, de Grande-Bretagne et de l'Inde, mais aussi plusieurs représentants de l'Université de Fribourg, ont passé trois semaines à dialoguer avec des participant-e-s venu-e-s de Suisse, de Belgique, de Bosnie-Herzégovine et de Chine pour approfondir les questions théoriques et pratiques liées au fédéralisme, à la décentralisation et à la résolution des conflits. Même si un tel mode de faire s'est révélé dans l'ensemble praticable, il ne faut pas perdre de vue qu'un tel programme de formation intensif reste coûteux, et donc inabordable sans une bourse à des personnes susceptibles de s'y intéresser mais provenant de pays aux ressources limitées.

Quant au programme des chercheurs invités, il reste lui aussi jusqu'à nouvel ordre réservé à des personnes qui sont capables de financer elles-mêmes leur séjour. L'année 2017 a vu l'Institut accueillir et accompagner six chercheurs invités en provenance d'Ethiopie, de

Bosnie Herzégovine, de Chine, d'Inde et de Somalie. Ils ont tous profités de l'opportunité qui leur était offerte d'effectuer des recherches à l'Institut et même de développer de nouveaux programmes de recherches, et ce faisant ils ont contribué à faire de l'Institut un lieu vivant d'échanges académiques. A côté d'innombrables ambassadeurs et de visiteurs de tout acabit, l'Institut a reçu diverses délégations, notamment en provenance du Myanmar et du Népal, qui se sont penchées sur les subtilités du fédéralisme en général et du fédéralisme suisse en particulier, recherchant plus spécifiquement des interlocuteurs spécialisés dans les questions du fédéralisme financier.

Les collaboratrices et collaborateurs de l'Institut, notamment le prof. Peter Hänni, les Dr. Rekha Oleschak-Pillai et Nicolas Schmitt et la prof. Eva Maria Belser, ont également figuré au nombre des orateurs appréciés lors de séminaires de formation continue ou de conférences en Suisse et à l'étranger. Ils ont notamment eu l'occasion de contribuer au jubilé de la Constitution canadienne, de s'exprimer sur la situation en Catalogne, de tirer le bilan de la protection des minorités en Europe et d'ouvrir la discussion sur les derniers développements du fédéralisme en Suisse (cf. à ce propos ci-dessous la liste détaillée des manifestations auxquelles ils ont pris part). A la fin de l'année, couronnement d'un processus d'évaluation mené par le *United Nations Development Programme*, la prof. Eva Maria Belser a été inscrite sur la liste des expert-e-s en droit constitutionnel susceptibles de se voir engager par les acteurs de l'ONU en qualité de soutien aux processus de constitutionnalisation (*UNDP Constitution Making Experts Roster*).

3. SOUS LA LOUPE

3.1 Participation au monitoring de la Fondation ch

Depuis 2005, la Fondation ch pour la Collaboration confédérale soumet le fédéralisme suisse à un monitoring, de manière à pouvoir, sur la base de développements et de tendances dûment constatés, définir des champs d'action et, en cas de nécessité, commencer à prendre des mesures. En 2012, ce monitoring a subi une restructuration. La rédaction annuelle d'un rapport (synthétique) est désormais complétée par un rapport triennal détaillé qui, en plus des données collectées et des enquêtes réalisées, propose une analyse politique des défis qui nous attendent, assortie de champs d'action

concrets et de mesures pour le renforcement du fédéralisme. En automne 2017, le rapport triennal 2014–2016 est sorti de presse à l'occasion de la 5^{ème} Conférence nationale sur le fédéralisme qui s'est tenue à Montreux (VD).

L'Institut participe depuis 2005 à la réalisation de ce monitoring du fédéralisme. Au début, sa participation se limitait à la livraison annuelle de synthèses portant sur la littérature – au sens le plus large du terme – relative au fédéralisme. Pour le premier rapport triennal (2011–2013), est venue s'ajouter une analyse de la jurisprudence topique. En 2017, l'Institut a en plus enrichi le monitoring dans le domaine des législations cantonales et de la finalisation du rapport triennal 2014–2016, et cela plus spécialement pour ce qui concerne la synthèse des tendances et des challenges au cours de la période prise en compte.

En procédant à l'analyse de la littérature relative au fédéralisme publiée entre 2014 et 2016, il a été possible de démontrer qu'un nombre étonnamment élevé de contributions et de recherches se préoccupait de l'activité réglementaire croissante de la Confédération et de la position prépondérante que cette dernière acquiert dans la structure fédérale. Alors que les uns déplorent la permanence de ces tendances à une centralisation rampante, particulièrement visibles dans certains domaines politiques (comme la santé ou la culture), d'autres essaient d'en analyser les causes pour tenter d'échafauder des contre-attaques. Dans ce contexte, on note par exemple au nombre des facteurs favorisant la centralisation, le réflexe consistant à rechercher une solution fédérale dès qu'un problème survient, mais également les aides financières fédérales. Pour contenir la centralisation, plusieurs solutions sont avancées, comme l'instauration d'instruments de démocratie directe dans le domaine de l'ordonnement fédéral des tâches et des finances, ou encore un plafonnement des tâches fédérales. L'accroissement de la centralisation serait également dû pour une bonne part au phénomène du « retour de l'enchevêtrement » entre les tâches et les flux financiers, qui aurait pourtant dû être supprimé grâce à la réorganisation des tâches et de la péréquation financière (RPT). Des voix se font entendre à cette occasion pour réclamer une nouvelle réorganisation de la répartition des compétences, ou tout au moins pour en faire un thème de discussion.

Dans le contexte de l'observation de la jurisprudence, il se confirme aussi pour la période étudiée que la Confédération et les cantons ne recourent pratiquement jamais à la possibilité qui leur est offerte de résoudre les contentieux fédéraux par voie de plainte auprès du Tribunal fédéral. Les éventuels litiges sont aplanis avant

tout sur le plan politique. Cependant des conflits de droit public sont souvent portés devant le Tribunal fédéral par le biais de recours individuels (notamment en relation avec la force dérogatoire du droit fédéral). On constate également que le Tribunal fédéral se départit progressivement de la position de retenue (fédérale) qu'il avait adoptée depuis longtemps, au profit d'une manière de voir les choses à la fois sectorielle et visant un résultat. C'est dans ce contexte qu'il faut envisager les arrêts relatifs aux systèmes électoraux dans les cantons, par lesquels les juges de Mont-Repos ont pour la première fois considéré comme (en principe) non conformes aussi bien la délimitation de cercles électoraux susceptibles de déformer la force respective des partis politiques (en l'absence de mesures correctrices), que le système majoritaire pour l'élection du législatif cantonal. On peut également ranger dans cette catégorie l'interprétation de la compétence de principe attribuée à la Confédération dans le domaine de l'aménagement du territoire, qui vise à la densification du territoire bâti et s'oriente sur le résultat, aux termes de laquelle les cantons sont de plus en plus relégués au rang de simples organes d'exécution. Un dernier élément marquant tient au fait que le Tribunal fédéral, dans la question de l'admissibilité des moyens de preuve obtenus par la police d'un autre canton, a subordonné l'ordonnement fédéral des compétences à l'intérêt de la poursuite pénale.

3.2 Le fédéralisme – cerise sur le gâteau ou pomme de discorde? – Conférence internationale sur l'égalité dans les Etats multiculturels

Les 12 et 13 octobre 2017, l'Institut du Fédéralisme a organisé à Fribourg une Conférence internationale sur le thème « *The Principle of Equality in Diverse States* ». Les invités en étaient les directeurs et les directrices des (autres) Instituts du fédéralisme existant dans le monde, ainsi que de nombreux experts et expertes représentant les milieux du droit, de la politique et de la science, et qui se consacrent tous à l'organisation de l'Etat et à la résolution des conflits.

On rencontre peu de thèmes politiques aussi actuels que le fédéralisme. Pour beaucoup, la répartition du pouvoir de l'Etat entre différents niveaux est une garantie de paix. Là où sévissent des conflits, la discussion relative au fédéralisme n'est en général pas loin. Pourquoi des régions comme la Catalogne ou le Kurdistan envisagent-elle la sécession? Probablement parce qu'il n'a pas été possible, pas plus pour l'Espagne que pour l'Irak, de répartir

le pouvoir étatique de telle sorte que les régions et les communautés puissent préserver leurs spécificités tout en demeurant parties intégrantes de l'Etat dans sa globalité. Les Etats fédéraux sont restés jusqu'à présent pour une grande partie à l'écart des revendications sécessionnistes, quand bien même à l'intérieur ils sont – à l'instar de la Suisse – particulièrement hétérogènes. Mais comment peut-on récolter les fruits du fédéralisme pour le plus grand bénéfice de l'Etat plutôt que d'en faire une pomme de discorde?

En octobre de cette année, à l'invitation de l'Institut, la Conférence annuelle de l'Association internationale des centres d'étude du Fédéralisme (IACFS en anglais) s'est penchée sur cette question. Plus de 50 chercheurs établis en provenance d'Afrique du Sud, d'Allemagne, d'Australie, de Belgique, du Brésil, du Canada, d'Espagne, des Etats-Unis, d'Ethiopie, d'Inde, d'Italie, du Népal, du Nigéria, de Suisse et de bien d'autres pays encore sont venus présenter le fruit de leurs recherches en matière d'autonomie, de participation, d'égalité et de fédéralisme. Au cœur de leurs travaux, on a rencontré notamment la question de l'asymétrie des régions. Est-il possible et sensé que diverses régions, au sein d'un même Etat, disposent de droits et d'obligations différents? Les Etats doivent-ils faire comme l'Ecosse pour protéger leur unité, ou alors un tel processus soumet-il l'égalité à de trop fortes contraintes? Par ailleurs, la question a été discutée de savoir si l'autonomie doit conduire à ce que des standards différents en matière de droits humains s'appliquent dans différentes régions. Est-ce que par exemple le fédéralisme financier peut ou doit avoir pour conséquence que des citoyens vivant dans différentes régions doivent s'accommoder de prestations étatiques différentes et de conditions de vie elles aussi différentes? La Conférence a donné l'occasion de discuter ces questions, mais aussi de nombreuses autres et de les replacer dans le contexte contemporain truffé de tensions et de conflits. Les « Actes » de la Conférence, particulièrement riches, seront publiés au cours de l'année 2018. Juste avant la Conférence, plus d'une vingtaine de directeurs et de directrices des Centres d'étude du fédéralisme établis sur les cinq continents se sont réunis pour leur conférence annuelle, qui s'est déroulée cette fois sous le signe d'un jubilé: c'était la quarantième fois que les membres de l'IACFS se rencontraient ainsi afin d'échanger les dernières informations sur leurs projets de recherche et d'aborder conjointement les défis mondiaux touchant l'organisation étatique. Afin de donner à ce jubilé un cadre festif, la séance a été liée à une invitation du Conseiller aux Etats Hans

Stöckli assortie d'une visite du palais fédéral à Berne, sans oublier les festivités du côté de Fribourg où un vin d'honneur a été offert par la Commune. L'année précédente, la Conférence de l'IACFS s'était tenue à Delhi, en 2018 les membres de l'Association se réuniront à Canberra pour aborder certains aspects du fédéralisme qui transcendent l'autonomie. Notre Institut, qui s'est vu confier l'honneur d'organiser la Conférence du jubilé, est tranquille pour un certain nombre d'années...

3.3 Les adieux de Peter Hänni en qualité de Directeur de l'Institut

Le 28 septembre 2017, au terme d'une leçon d'adieu à la fois nostalgique et festive, notre collègue Peter Hänni a pris congé de la Faculté de Droit de l'Université de Fribourg dans laquelle il s'est montré actif depuis son élévation au titre de professeur ordinaire en 1992. « 25 Jahre Recht lehren – Eine Zeitreise » (« 25 années d'enseignement du droit – un voyage dans le temps »), tel est le thème qu'il a choisi d'aborder au cours de cette dernière apparition officielle et dont il a profité pour emmener ses collègues, ses étudiants et d'innombrables invités à travers un quart de siècle de droit et de science juridique, une balade qui a dévoilé les profonds changements que notre discipline a vécus. Il en a également profité pour nous rendre attentifs aux développements, pas toujours réjouissants, pour y apporter des approbations et des critiques et tirer un bilan. Ce faisant, il a rapporté quelques anecdotes savoureuses ou scandaleuses et il a transmis à ses auditeurs une image vivante du droit, de son impact sur la société et de la manière dont il est formaté par cette dernière – pour le meilleur et pour le pire.

Après de nombreuses années passées comme vice-directeur de l'Institut du Fédéralisme, Peter Hänni a été nommé à la tête de l'institution en 2008. A ce titre, il a défini des orientations stratégiques majeures dont il a soigneusement accompagné la mise en œuvre. Le choix de Peter Hänni comme directeur a marqué le début de ce que l'on a baptisé « le triumvirat ». Comme l'avait écrit le directeur nouvellement désigné dans le rapport annuel 2008 de l'Institut, il revenait désormais à « une direction collégiale » de prendre la tête de l'Institut. « Alors que le prof. Bernhard Waldmann s'occupe du Centre national, la prof. Eva Maria Belser endosse la responsabilité du Centre international, tandis que le prof. Peter Hänni, à côté de ses fonctions de représentation, peut toujours être engagé là où l'urgence l'appelle ».

Avant même son entrée en fonction, la nouvelle direction avait élaboré une stratégie: l'Institut devait trouver une nouvelle proximité avec la Faculté et l'Université, la recherche devait être favorisée et, pour se montrer conséquent, toutes les prestations fournies par l'Institut devaient être réorientées autour de ses pôles de compétences. Il convenait simultanément de stabiliser les recettes et les dépenses pour atteindre un équilibre pérenne. La même année encore, le directeur pouvait écrire dans son rapport annuel que l'Institut progressait et que les carnets de commande étaient remplis. A ses yeux, il convenait de signaler tout particulièrement «l'excellent climat de travail qui règne au sein de la direction et contribue largement à l'exécution ponctuelle des tâches en suspens». Dans le rapport annuel 2009, le directeur constatait «avec satisfaction [...] que nos buts ont largement été atteints». Le volume de travail dans le domaine national s'est sensiblement accru, le traitement informatique de données juridiques a été abandonné, le centre de gravité des activités s'est déplacé de la documentation vers la légistique et d'autres domaines de recherche. Simultanément, l'Institut s'est sensiblement rapproché de la Faculté: l'informatique a été confiée aux bons soins de l'Université, mais surtout la bibliothèque – un projet aussi considérable qu'astreignant – qui pour des raisons historiques avait utilisé une classification spécifique et se montrait dès lors peu accessible à la communauté scientifique – a bénéficié d'une toute nouvelle classification pour être intégrée au système de la bibliothèque cantonale et universitaire (BCU). Après cinq années de labeur, le directeur a enfin pu crier victoire: les livres et les revues de l'Institut étaient désormais accessibles dans leur intégralité via le réseau informatique des bibliothèques romandes (RERO). En 2011, le nouvel accent mis sur la recherche a lui aussi porté ses fruits: la collection des publications de l'Institut du Fédéralisme a été relancée après avoir fait peau neuve. Un premier volume intitulé «Fédéralisme 2.0» a permis à l'Institut de prendre position sur l'état du fédéralisme – et cela sans être dépourvu d'une arrière-pensée: donner un nouvel élan aux discussions scientifiques touchant le fédéralisme et conférer une plus grande visibilité à des questions qui sont au centre des préoccupations en Suisse mais revêtent également une grande importance à l'étranger.

Quand l'Université et les Facultés se sont mises en tête d'aménager de manière plus cohérente leur identité visuelle (*corporate identity*) en introduisant de nouveaux logos et des directives contraignantes, l'Institut a saisi cette occasion pour s'interroger sur sa propre identité visuelle. Ces cogitations ont débouché sur

un nouveau logo et un nouveau site internet. Mais les réflexions relatives à l'apparence extérieure se sont reflétées de manière stimulante à l'interne. Dans un certain sens, comme l'a rappelé le directeur dans le rapport annuel «au-delà de la forme, c'est aussi le contenu qui s'est trouvé plus précisément défini». Dans ce contexte, il a été décidé une collaboration plus étroite entre le centre national et le centre international. L'idée-force qui a présidé au rapprochement des deux centres a été, comme le rappelle à nouveau le directeur dans le Rapport annuel «qu'il s'agit finalement dans les deux domaines de considérations scientifiques touchant le fédéralisme suisse et le fédéralisme comparé, les droits de l'homme et la démocratie».

Le rapprochement s'est aussi manifesté sur le plan géographique. Le rapport annuel 2011 évoque pour la première fois le souhait d'un déménagement, et quelques années plus tard l'Institut a pu emménager à Beaugregard 1. Dans le Rapport annuel le directeur s'extasie sur le nouvel emplacement, la proximité de l'université et de la gare, le cadre lumineux et chaleureux: «C'est une joie de se retrouver ici», pourrait-on résumer en une phrase.

Dans son rapport annuel 2015, le directeur s'est montré surpris par l'ampleur du résultat quand il s'agit, à la fin de l'année, d'établir la liste du travail accompli: de nouveaux contrats ont été conclus, tous les partenariats existants ont été consolidés et de nouveaux partenariats ont été créés, des projets de recherche et des avis de droit ont été planifiés et menés à terme, des délégations ont été accueillies et des personnes intéressées provenant de Suisse et du monde entier ont pu bénéficier d'une formation voire d'une formation continue. Pour qualifier ce phénomène, qu'il a théorisé en 2016, l'expression qui convient le mieux consiste à dire que la seule chose immuable, c'est la permanence du changement; c'est une expression de bon aloi lorsqu'il s'agit de résumer les événements de l'année précédente et les points forts des activités de l'Institut.

Quand bien même le changement ne cesse de marquer l'histoire de l'Institut, il est une constante qui ne change pas: l'Institut est resté fidèle à sa thématique et à son domaine de recherche et il offre conseils et soutien pour une gestion gouvernementale plus responsable et pour améliorer la capacité des Etats à atteindre leurs buts. Le bon climat de travail a aussi été préservé, tant à la direction qu'à l'Institut dans son ensemble. Nous avons toujours travaillé ensemble avec plaisir, de manière amicale et constructive. Ce fut une joie de collaborer avec Peter Hänni; ce fut une période riche d'enseignements quand il a fallu réorienter et redéfinir

avec lui le destin de l'Institut, et il est d'autant plus réconfortant de savoir que Peter Hänni reste à l'Institut dans sa nouvelle fonction de *Senior Advisor*. Nous le remercions du fond du cœur pour son engagement inlassable pour le bien de l'Institut et nous nous réjouissons de pouvoir encore compter sur son soutien et son amitié.

4. ORGANISATION

4.1 Développements internes

Avec trois engagements à durée limitée en lien avec des projets de courtes durées, l'engagement d'un doctorant FNS et deux départs (contrats à durée déterminée non prolongés), la fluctuation est restée stable en 2017.

Un civiliste, qui avait déjà son deuxième engagement à l'Institut, a pu compléter la mise à jour de la base de données sur le fédéralisme pendant son service d'un mois.

Le conseil de l'Institut s'est réuni comme habituellement à deux occasions en mars et en décembre 2017.

Avec celle de la fondation ch, c'est aussi la présidence du conseil de l'Institut qui a été reprise par le conseiller d'Etat du canton de Vaud Pascal Broulis. Le conseiller d'Etat saint-gallois Benedikt Würth est resté membre du conseil comme 3^{ème} représentant de la fondation ch.

Lors de la séance du 4 décembre 2017, le chancelier du canton de Berne, Dr. Christoph Auer, a été élu au conseil de l'Institut. Il succède au secrétaire d'Etat saint-gallois Canisius Braun, démissionnaire, pour représenter la conférence des chanceliers d'Etat au sein du conseil.

4.2 Conseil de l'Institut

A la fin de l'année 2017 le Conseil de l'Institut se compose des membres suivants :

Président

Pascal BROULIS, Conseiller d'Etat du Canton de Vaud et Chef du Département des finances et des relations extérieures, représentant la Fondation ch pour la Collaboration confédérale (membre depuis 2017)

Vice-présidence

Jean-Pierre SIGGEN, Conseiller d'Etat du Canton de Fribourg et Chef de la Direction de l'instruction publique, de la culture et du sport DICS (membre depuis 2014)

Autres membres

Christoph AUER, Chancelier du Canton de Berne (membre depuis 2017)

Bérénice BILLOTTE, Déléguée des étudiants, Université de Fribourg (membre depuis 2017)

Anne-Sophie CONSTANS-LAMPERT, Collaboratrice du Gouvernement de la Principauté de Liechtenstein (membre depuis 2015)

Jacques DUBEY, Professeur de droit constitutionnel, Université de Fribourg (membre depuis 2014)

Stefan MAEDER, Délégué du corps intermédiaire, Université de Fribourg (membre depuis 2017)

Sandra MAISSEN, Directrice de la Fondation ch, Soleure (membre depuis 2009)

Peter MISCHLER, Secrétaire adjoint, Conférence des directrices et directeurs cantonaux des finances (membre depuis 2015)

Nicolas QUELOZ, Professeur de droit pénal, Université de Fribourg (membre depuis 2012)

Hubert STÖCKLI, Professeur de droit privé, Université de Fribourg (membre depuis 2010)

Benedikt WÜRTH, Conseiller d'Etat du Canton de St Gall et Chef du Département des finances, représentant la Conférence des gouvernements cantonaux CdC (membre depuis 2013)

4.3 Collaborateurs

Direction



Eva Maria Belser, Prof. Dr. iur.
Co-directrice
Professeur de droit
constitutionnel et administratif
evamaria.belser@unifr.ch



Bernhard Waldmann, Prof. Dr. iur.
Co-directeur
Professeur de droit
constitutionnel et administratif
bernhard.waldmann@unifr.ch



Yvonne Heiter-Steiner
Secrétaire de direction (15%)
yvonne.heiter-steiner@unifr.ch



Riccarda Melchior
Secrétaire de direction (20%)
riccarda.melchior@unifr.ch



Lydia Sturny
Secrétaire de direction (15%)
lydia.sturny@unifr.ch

Domaine National

Bernhard Waldmann, Prof. Dr. iur.



Gregor Bachmann, MLaw
Assistant diplômé
gregor.bachmann@unifr.ch



Klara Grossenbacher, MLaw
Collaboratrice scientifique (80%)
klara.grossenbacher@unifr.ch



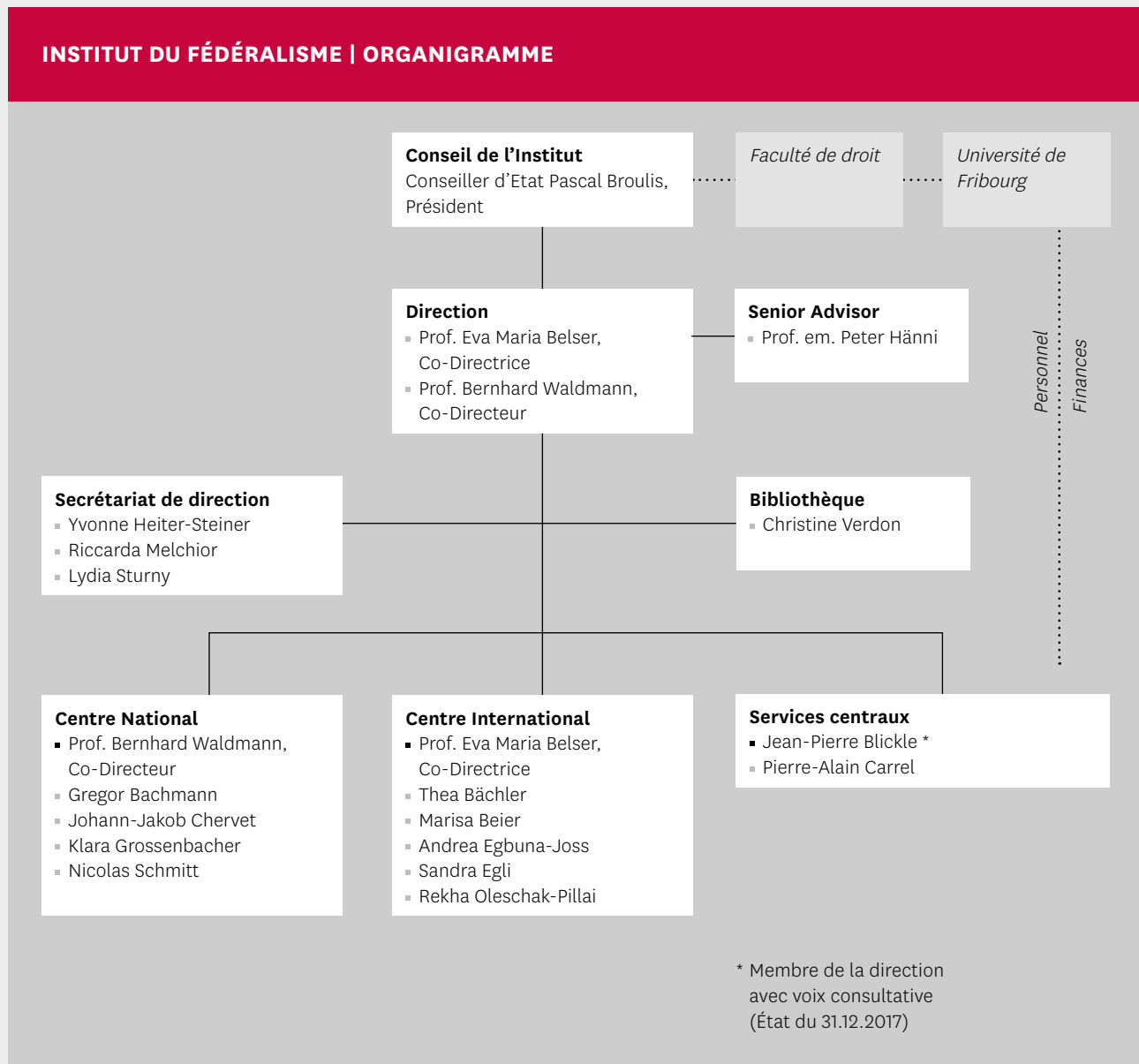
Nicolas Schmitt, Dr. iur.
Collaborateur scientifique supérieur
nicolas.schmitt@unifr.ch

Johann-Jakob Chervet, BLaw

Sous-assistant
johann-jakob.chervet@unifr.ch

*Domaine International***Eva Maria Belser**, Prof. Dr. iur.**Thea Bächler**, MLaw
Doctorante FNS (80%),
Collaboratrice scientifique (20%)
thea.baechler@unifr.ch**Andrea Egbuna-Joss**, MLaw
Collaboratrice scientifique (60%)
andrea.egbuna-joss@unifr.ch**Sandra Egli**, lic. phil./BLaw
Collaboratrice scientifique (40%)
sandra.egli@unifr.ch**Rekha Oleschak-Pillai**, Dr. iur.
Collaboratrice scientifique (20%)
rekha.oleschak@unifr.ch**Peter Hänni**, Prof. em.
Senior Advisor
peter.haenni@unifr.ch**Mengistu Arefaine**, Dr. iur.Collaborateur scientifique (60%)
(jusqu'au 30.06.2017)**Marisa Beier**, BLawSous-assistante
(01.11.2017–31.01.2018)*Bibliothèque***Christine Verdon**, lic. iur.
Collaboratrice scientifique (50%)
christine.verdon@unifr.ch*Services Centraux***Jean-Pierre Blicke**
Responsable administratif (80%)
jean-pierre.blicke@unifr.ch**Pierre-Alain Carrel**
Secrétaire (50%)
pierre-alain.carrel@unifr.ch

4.4 Organigramme



5. LES DIFFÉRENTS DOMAINES D'ACTIVITÉ

5.1 Recherche et publications

THEA BÄCHLER

- Föderalismus: Auslauf- oder Zukunftsmodell für die Sozialhilfe?, in: Zeitschrift für Sozialhilfe ZESO 01/17, p. 26–27 (en collaboration avec Angelika Spiess)

GREGOR BACHMANN

- Zur Anfechtbarkeit verwaltungsorganisatorischer Anordnungen, Kommentar BGE 1C_517/2016 du 12 avril 2017 (arrêt «Cazis»), in: sui generis 2017/37, p. 91–101 (en collaboration avec Bernhard Waldmann)

EVA MARIA BELSER

- Différents en âge, égaux en droits, Catalogue des droits fondamentaux des personnes âgées en Suisse, (en collaboration avec Christine Kaufmann, Sabrina Ghielmini et Andrea Egbuna), Publication du Centre suisse de compétence pour les droits humains, 2017
- Das schweizerische Ringen um die Steuerung der Zuwanderung – Von der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative und anderen Gratwanderungen, in: Rudolf Hrbek/Martin Grosse (éds.), Hoffnung Europa – Die EU als Raum und Ziel von Migration, Baden-Baden 2017, p. 113–140 (en collaboration avec Fabrizio E. Crameri)
- Avant-propos, in: Kaleab Kassaye Ahmed, Umpiring a Federal System, The Ethiopian Choice in Comparative Perspective, these de doctorat, Fribourg 2017, Publications de l'Institut du Fédéralisme (PIFF), volume 11, Berne 2017, p. VII–VIII
- Menschenrechte im Alter, Ein Überblick über die menschenrechtliche Situation älterer Personen in der Schweiz, Studie des Schweizerischen Kompetenzzentrums für Menschenrechte (en collaboration avec Christine Kaufmann, Andrea Egbuna-Joss, Sabrina Ghielmini et Gabriela Medici), Berne 2017
- Wenn man frei mich wünschen liesse, wählt' ich gern ein Plätzchen mir, mitten drin im Paradiese: lieber noch – vor seiner Tür!, Quid? Fribourg Law Review 2017, p. 29–31
- Staatsorganisationsrecht (en collaboration avec René Wiederkehr et Bernhard Waldmann), Zurich/Bâle/Genève 2017

- Concurrent Powers as Doors to Legislative Innovation – Conditional Powers as Gates to the Blind Alley: Some Swiss Illustrations, in: Nico Steytler (éds.), Concurrent Powers in Federal Systems, Making, Meaning, Managing, Leiden/Boston 2017, p. 49–69

- Ungleichheit produziert Wutbürger, Streitgespräch mit Andreas Glaser, modération Gjon David et René Schuhmacher, plaidoyer 06/2017 du 20 novembre 2017

ANDREA EGBUNA-JOSS

- Différents en âge, égaux en droits, Catalogue des droits fondamentaux des personnes âgées en Suisse (en collaboration avec Eva Maria Belser/Christine Kaufmann/Sabrina Ghielmini)

PETER HÄNNI

- Gleichstellung zwischen Frauen und Männern in der EU, in: Astrid Epiney/Lena Hehemann (éds.), Schweizerisches Jahrbuch für Europarecht 2016–2017, Zurich/Bâle/Genève 2017, p. 37–67 (en collaboration avec Tamara Iseli et Samuel Walter)
- Schweizerisches Bundesverwaltungsrecht, Personalrecht des Bundes, volume 1/2, 3^{ème} édition, Bâle 2017
- Texto Gesetzessammlung, Öffentliches Recht I, 4^{ème} édition, Bâle 2017 (en collaboration avec Eva Maria Belser et Bernhard Waldmann)

NICOLAS SCHMITT

- In the country of William Tell, the myth becomes reality: Some reflections about cantons' sovereignty, In: Euskal Autogobernuren etorkizuna: eredu en azterketa alderatua eta dimentsio europarra, p. 60–78
- La política lingüística a Suïssa: el paradigma canvia, però la complexitat es manté (Switzerland linguistic policy: paradigm shifts but complexity remains), in: Revista de Llengua i Dret (Journal of Language and Law), no 67, 2017, p. 86–105
- Quelques réflexions venues de Suisse: le fédéralisme européen en quête de modèle, in: Sylvia Calmes-Brunet/Arun Sagar (éds.), Fédéralisme, Décentralisation et Régionalisation de l'Europe. Perspectives comparatives, Actes du colloque de Rouen, Ausgabe L'Epitoge – Lextenso, Toulouse et Rouen 2017, p. 21–43

- La seule alternative: le fédéralisme, dans l'hebdomadaire belge: Le Vif – L'Express, N° 40, 6 octobre 2017 à propos de la situation en Catalogne
- Paris und die französische Wüste, Interview avec Andreas Minder, in: universitas, 01/2017/18, p. 30–31

BERNHARD WALDMANN

- Staatsorganisationsrecht, Zurich/Bâle/Genève 2017 (en collaboration avec Eva Maria Belser et René Wiederkehr)
- Der Schweizerische Föderalismus unter Beobachtung: Ein Monitoring aus verschiedenen Perspektiven, in: Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung EZFF (éds.), Jahrbuch des Föderalismus 2017, Baden-Baden, p. 325–335
- Zur Anfechtbarkeit verwaltungsorganisatorischer Anordnungen, Kommentar BGE 1C_517/2016 du 12 avril 2017 (arrêt «Cazis»), in: sui generis 2017/37, p. 91–101 (en collaboration avec Gregor Bachmann)
- Bauen ohne Baubewilligung?, Von klaren und den Zweifelsfällen, in: Institut pour le droit suisse et international de la construction (éds.), Journées suisses du droit de la construction 2017, Fribourg 2017, p. 31–56
- Neue Urteile – Öffentliches Recht, Ausgewählte «Leitentscheide» aus den Jahren 2015–2016, in: Institut pour le droit suisse et international de la construction (éds.), Journées suisses du droit de la construction 2017, Fribourg 2017, p. 165–181 (en collaboration avec Peter Hänni)
- Umbau eines Hotels ausserhalb der Bauzone in bewirtschaftete Zweitwohnungen: Erweiterung, Wiederaufbau oder Neubau?, in: BR/DC 2017, p. 301–303
- Windenergie im Konflikt mit dem Natur- und Landschaftsschutz, un résumé et un commentaire de l'arrêt 1C_346/2014 du Tribunal fédéral du 26 octobre 2016 (Windparkzone Schwyberg), in: FZR/RFJ 2016/4, p. 385–404

5.2 Prestations et Study Tours

5.2.1 Expertises

La jurisprudence relative au fédéralisme suisse (2014 – 2016). Une analyse sur mandat de la Fondation ch pour la Collaboration confédérale, janvier 2017 (**Klara Grossenbacher**)

Bibliographie du fédéralisme suisse (2014 – 2016). Une analyse sur mandat de la Fondation ch pour la Collaboration confédérale, février 2017 (**Klara Grossenbacher**)

Accompagnement du projet «Traité intercantonal conclu par les cantons de Berne et de Fribourg résultant du transfert de la commune municipale de Clavaleyres au canton de Fribourg», concept du concordat sur la modification territoriale (**Klara Grossenbacher**)

Proportion de résidences principales selon le plan d'aménagement de quartier pour le village de vacances (*resort*) d'Andermatt (**Bernhard Waldmann**)

Projet «Pesée des intérêts» de la Conférence suisse des directeurs cantonaux des travaux publics, de l'aménagement du territoire et de l'environnement (DTAP) dans le contexte de la deuxième étape de la révision de la Loi sur l'aménagement du territoire («LAT 2»), rapport final et accompagnement du projet (**Bernhard Waldmann et Gregor Bachmann**)

Comité de suivi de l'étude «Fédéralisme et compétitivité en Suisse», Conférence des Gouvernements cantonaux (CdC) (**Bernhard Waldmann**)

5.2.2 Study Tours

27.01., Fribourg	Visite du prof. Alfred Tovias, Université hébraïque de Jérusalem, Institut du Fédéralisme (Nicolas Schmitt)
08.03., Fribourg	Visite de MM. Rafa Tajouri et Tareq Elbadri, deux Lybiens intéressés au fédéralisme comme solution de paix dans leur pays, Institut du Fédéralisme (Nicolas Schmitt)
10.03., Fribourg	Visite d'une délégation de journalistes français sur le thème du fédéralisme suisse, Présence Suisse, Institut du Fédéralisme (Nicolas Schmitt)
10.-13.03., Erbil (Irak)	«Negotiation Strategies (security, natural resources)», formation continue du Conseil national kurde, Centre européen d'études kurdes (en collaboration avec Sören Keil) (Eva Maria Belser)
31.03., Berne	Visite d'une importante délégation en provenance du Myanmar lors du <i>Training Course on International Relations and Human Security</i> , Département fédéral des affaires étrangères DFAE et <i>Geneva Center for Security Policy GCSP</i> (Nicolas Schmitt)
27.-30.04., Istanbul (Turquie)	<i>First Dialog Workshop</i> avec les membres de l'opposition arabe et kurde en Syrie sur les options de partage du pouvoir, les contributions sur les motivations de partage du pouvoir, les formes de fédéralisme et de décentralisation, le travail de groupe et les discussions, Centre européen d'études kurdes (en collaboration avec Sören Keil) (Eva Maria Belser)
05.05., Fribourg	Visite d'une délégation de haut niveau en provenance d'Ethiopie; thème principal: fédéralisme financier et répartition des ressources, en particulier le modèle suisse de péréquation financière, Institut du Fédéralisme (Nicolas Schmitt)
24.05., Fribourg	Visite d'une délégation en provenance de la République Démocratique du Congo, <i>CENI-CNDH-Société civile congolaise en Suisse</i> pour discuter une collaboration avec l'Institut du Fédéralisme (Nicolas Schmitt)
26.-31.05., Istanbul (Turquie)	Atelier sur les droits des minorités et la protection des minorités, formation des représentants des groupes minoritaires en Syrie, Centre européen d'études kurdes (en collaboration avec Sören Keil) (Eva Maria Belser)
08.-10.06., Fribourg	Visite d'une délégation de hauts fonctionnaires du Ministère des finances du Népal; thème principal: fédéralisme en général et fédéralisme financier en particulier, DDC, Division Asie du Sud, Institut du Fédéralisme (Nicolas Schmitt)
10.07., Fribourg	Visite d'une délégation composée de chefs communautaires de l'Etat de Rakhine au Myanmar, venue s'intéresser aux questions du fédéralisme et du multiculturalisme, Institut du Fédéralisme (Nicolas Schmitt)
24.07., Morat	Visite d'une délégation en provenance du <i>Myanmar Peace Commission</i> , Sujet principal: Introduction au fédéralisme, DFAE en collaboration avec l'Institut du Fédéralisme (Nicolas Schmitt)
26.07., Fribourg	Nouvelle visite de Tareq Elbadri (Lybie) sur le thème du fédéralisme en Lybie, Institut du Fédéralisme (Nicolas Schmitt)
15.-17.09., Istanbul (Turquie)	Atelier sur les formations passées et futures dans le contexte du processus de paix en Syrie, Centre européen d'études kurdes (en collaboration avec Sören Keil) (Eva Maria Belser)
06.-10.11., Guangzhou (Chine)	«Lectures on Swiss Administrative Law», professeur invité à la <i>South China Normal University</i> , Guangzhou, Chine (Peter Hänni)
09.-13.11., Istanbul (Turquie)	Atelier de travail sur les systèmes gouvernementaux, les élections, le partage du pouvoir et des ressources, l'organisation territoriale et la transition, la formation et la formation continue, pour les représentants des minorités en Syrie, Centre européen d'études kurdes (en collaboration avec Sören Keil) (Eva Maria Belser)
depuis 2017	Experte suisse pour le «Mécanisme de Moscou» de l'Organisation pour la sécurité et la coopération en Europe (OSCE) (Eva Maria Belser)
depuis 2017	Experte du United Nations Development Programme (UNDP) Constitution Making Experts Roster (Eva Maria Belser)

5.3 Formation continue

Murtner Gesetzgebungsseminar, Séminaire de base I: Légistique (3–5 mai 2017, Morat), en collaboration avec le Centre de Légistique de l'Université de Zurich (**Bernhard Waldmann**)

Enseignement à la *South China Normal University – School of Law*, Guangzhou (6–9 juin 2017, Guangzhou, Chine) (**Eva Maria Belser**)

Murtner Gesetzgebungsseminar, Séminaire de base II: L'art de la rédaction législative (22–24 novembre 2017, Morat), en collaboration avec la Chancellerie fédérale et l'Office fédéral de la Justice (**Bernhard Waldmann**)

2017 Conference of the International Association of Centers for Federal Studies, The Principle of Equality in Diverse States – Reconciling Autonomy with Equal Rights and Opportunities (12 et 13 octobre 2017, Fribourg) (**Eva Maria Belser** et **Thea Bächler**)

Colloque sur le thème «The Functions and Relevance of Subnational Constitutions in Federal Systems», *Addis Ababa University* (1^{er} décembre 2017, Addis Abeba) (**Eva Maria Belser**)

Colloque pour doctorants du *Centre for Federal Studies, Addis Ababa University*, (2–4 décembre 2017) (**Eva Maria Belser**)

5.4 Conférences

09.01., Fribourg	«What Are Human Rights?», module d'enseignement dans le contexte du <i>American College Program</i> «Survey of International Organizations» (Andrea Egbuna-Joss)
25.01./01.02., Fribourg	«Neue Urteile – Öffentliches Recht, Ausgewählte Leitsprüche aus den Jahren 2015–2016», conférence aux Journées suisses du droit de la construction 2017, Université de Fribourg (Bernhard Waldmann et Peter Hänni)
25.01./01.02., Fribourg	«Bauen ohne Baubewilligung? Von klaren und den Zweifelsfällen», conférence aux Journées suisses du droit de la construction 2017, Université de Fribourg (Bernhard Waldmann)
01.02., Innsbruck (Autriche)	«Power Sharing in Integrated Federal Systems», exposé lors de la <i>Winter School</i> sur le thème «Federalism and Governance», <i>Universität Innsbruck</i> (Eva Maria Belser)
02.02., Innsbruck (Autriche)	«Power Sharing in Federal Switzerland», table ronde lors de la <i>Winter School</i> sur le thème «Federalism and Governance», <i>Universität Innsbruck</i> (Eva Maria Belser)
09.02., Cham	«Verwaltungstätigkeit und Verwaltungsverfahren», conférence dans le contexte des <i>Zentralschweizer Praktikantenkurse</i> (Bernhard Waldmann)
10.02., Cham	«Wiedererwägung und Revision», conférence dans le contexte des <i>Zentralschweizer Praktikantenkurse</i> (Bernhard Waldmann)
16./17.02., Genève	«Territorial Reorganisation and Special Arrangements» et «Protection of Minorities», deux conférences lors du Colloque sur les possibilités d'une gestion gouvernementale transnationale/transrégionale pour l'Ukraine et la Syrie, <i>Global Studies Institute</i> (Prof. Micheline Calmy-Rey), Université de Genève (Eva Maria Belser)
01.03., Fribourg	«An Introduction to Human Rights», exposé lors du cours bachelor «Human Rights and Education» de la prof. Cathryn Magno, Université de Fribourg (Andrea Egbuna-Joss)
16.03., Berne	«Bundesgericht unter Druck, Erläuterungen und Diskussionen rund um die Rechtsprechung und die Rolle des Bundesgerichts bei der Anwendung des Völkerrechts», table ronde pour parlementaires, Facteur de protection M (Eva Maria Belser)
21.03., Fribourg	«Demokratie – Grundlagen und aktuelle Streitfragen», exposé dans le contexte de la formation continue pour les enseignant-e-s en économie et en droit du niveau secondaire II, Université de Fribourg (Bernhard Waldmann)
23.–24.03., Quebec (Canada)	«Intergovernmental Relations in Times of Law Harmonisation – Horizontal Law-making by Swiss Cantons and the Democratic Deficit Debate», <i>Canada at 150: the Future of Federalism, Actors and Institutions</i> , <i>McGill University</i> (Eva Maria Belser)
13.04., Washington (États-Unis)	«Foreign Affairs Federalism: A Comparative Perspective», 111 ^{ème} assemblée de la <i>American Society of International Law</i> (Eva Maria Belser)
26.04., Fribourg	«Rechtsverweigerung und Rechtsverzögerung», exposé dans le contexte du cours semestriel <i>Verwaltungsprozessrecht</i> du prof. Peter Hänni, Université de Fribourg (Gregor Bachmann)
28.04., Istanbul (Turquie)	«Gründe für eine gewaltenteilige Staatsorganisation», atelier de dialogue avec des représentants de l'opposition arabe et kurde en Syrie, Centre européen d'études kurdes (Eva Maria Belser)
29.04., Istanbul (Turquie)	«Formen der gewaltenteiligen Staatsorganisation», atelier de dialogue avec des représentants de l'opposition arabe et kurde en Syrie, Centre européen d'études kurdes (Eva Maria Belser)
03.05., Morat	«Regelungsinstrumente», exposé lors du <i>Murtner Gesetzgebungsseminar</i> sur la légistique, Institut du Fédéralisme de l'Université de Fribourg et Centre de légistique de l'Université de Zurich (Bernhard Waldmann)

05.05., Eupen (Belgique)	«Small is complicated – Reform for better governance in Switzerland», Congrès des collectivités regionales et locales sur le thème «Successful territorial reform, Causes and methods of subnational reform in Council of Europe member states», Conseil de l'Europe (Eva Maria Belser)
27.05., Istanbul (Türkei)	«Minderheitenrechte und Minderheitenschutz – Nationale und internationale Standards», exposé lors de l'atelier «Minderheitenrechte und Minderheitenschutz», Centre européen d'études kurdes (Eva Maria Belser)
28.05., Istanbul (Turquie)	«Minderheitenrechte und Minderheitenschutz – Fallstudien», exposé lors de l'atelier «Minderheitenrechte und Minderheitenschutz», Centre européen d'études kurdes (Eva Maria Belser)
02.06., Fribourg	«Digitalisierung und Datenschutz – ein Kommentar», Université de Fribourg (Eva Maria Belser)
06.06., Guangzhou (China)	«Introduction to Swiss Public Law», <i>South China University, School of Law, Guangzhou</i> (Eva Maria Belser)
07./08.06., Guangzhou (Chine)	«The Referendum – Swiss Direct-Democratic Rights» et «Planning, Expropriation and Compensation», deux conférences à la <i>South China University, School of Law, Guangzhou</i> (Eva Maria Belser)
09.06., Yunfu City (Chine)	«Local Government – Functions and Challenges from a Comparative Perspective», conférence organisée de la <i>South China University, School of Law, Guangzhou</i> (Eva Maria Belser)
11./27.06., Fribourg	«Fédéralisme en Suisse» et «Démocratie directe en Suisse», deux présentations au Centre Kurde de Fribourg, Association Culturelle de Mésopotamie de la Communauté Kurde Canton de Fribourg (Nicolas Schmitt)
26.06., Fribourg	«International Human Rights Law: An Introduction», cours lors du <i>American College Program «Survey of International Organizations»</i> (Andrea Egbuna-Joss)
27.06., Fribourg	«The Role of International Organizations», cours lors du <i>American College Program «Survey of International Organizations»</i> (Andrea Egbuna-Joss)
05./07.07., Copenhague (Danemark)	«Comparative Federalism – Constitutional Arrangements and Case Law: Book Discussion» et «Revisiting the Counter-majoritarian Role of Courts – The Judicial Protection of Human Rights in Times of Popular Pressure not to do so», <i>ICON-S 2017 International Society of Public Law</i> , Université de Copenhague (Eva Maria Belser)
20.08., Canterbury (Royaume-Uni)	«Federalism in the USA», exposé lors de la Summer School sur le thème «Federalism, Multinationalism and the Future of Europe», <i>Canterbury Christ Church University</i> (Nicolas Schmitt)
22.08., Canterbury (Royaume-Uni)	«Protecting Minority Rights», exposé lors de la Summer School sur le thème «Federalism, Multinationalism and the Future of Europe», <i>Canterbury Christ Church University</i> (Eva Maria Belser)
06.09., Tel Aviv (Israël)	«Confederalism, Federalism and Conflict Mitigation, Power-Sharing Mechanisms and their Usage in Deeply Divided Societies», Conférence dans le contexte d'un atelier sur le thème «Is a Confederation applicable to the Israel-Palestinian situation?», organisé par l' <i>Institute for National Security Studies (INSS)</i> et l'ambassade de Suisse à Tel Aviv (Eva Maria Belser)
11.09., Bellinzone	Conférence de presse de M. Siccardi et Cie à propos de l'initiative tessinoise concernant l'enseignement de l'instruction civique (Educazione civica, alla cittadinanza e alla democrazia); présentation de l'étude réalisée à cet effet (Nicolas Schmitt)
15.09., Fribourg	«Ein neues Datenschutzgesetz für die Schweiz», exposé lors de la journée des Alumni en droit, Université de Fribourg (Bernhard Waldmann)

25.09., Fribourg	«Federalism in the USA», exposé dans le contexte du cours-bloc lors du programme de Master «Federalism, Decentralisation and Conflict Resolution», Université de Fribourg (Nicolas Schmitt)
28.09., Fribourg	«25 Jahre Recht lehren – Eine Zeitreise», leçon d’adieu, Université de Fribourg (Peter Hänni)
02.10., Zurich	«Gegen Wahlen – Streitgespräch mit Eva Maria Belser und Andreas Glaser», un débat organisé par <i>Plädoyer</i> sous la direction de Gjon David et René Schumacher (Eva Maria Belser)
04.10., Saarbrücken (Allemagne)	«Das Recht des öffentlichen Dienstes in der Schweiz», conférence dans le groupe de discussion «Administration» de la <i>Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer VDStRL</i> (Peter Hänni)
12.10., Fribourg	«Balancing Autonomy and Human Rights – Can We Accept Unequal Human Rights Standards in Federal States?», exposé lors de la 2017 <i>Conference of the International Associations of Centers for Federal Studies</i> , Institut du Fédéralisme (Eva Maria Belser)
13.10., Fribourg	«The Tension between Cantonal Autonomy and the Principle of Equality», exposé lors de la 2017 <i>Conference of the International Associations of Centers for Federal Studies</i> , Institut du Fédéralisme (Peter Hänni)
13.10., Fribourg	«Equality Among Individuals in Need and Among the Subnational Entities Supporting Them: Reviewing the Provision of Social Welfare in a Federal State», exposé lors de la 2017 <i>Conference of the International Association of Centers for Federal Studies</i> , Institut du Fédéralisme (Thea Bächler)
26.–27.10., Bolzano (Italie)	«Direkte und partizipative Formen der Demokratie in der Schweiz» Annuaire du Fédéralisme, atelier d’auteurs sur le thème «Governance auf dem Prüfstand: Direkte und deliberative Demokratie in Europa», EURAC (Eva Maria Belser)
02.11., Berne	«Die Verantwortlichkeit der Behördenmitglieder im Bund, vom Umgang mit Elite-Bashing im demokratischen Rechtsstaat», formation continue du <i>Kompetenzzentrum für Public Management</i> : «Wer regiert die Schweiz» (Eva Maria Belser)
02.11., Zurich	«Kopftücher am Schalter, Kreuze im Büro – Ein Überblick über die neue Rechtsprechung zu den religiösen Symbolen am Arbeitsplatz», <i>Zürcher Juristenverein</i> (Eva Maria Belser)
08.11., Fribourg	Participation à un débat public sur la fusion du Grand Fribourg (Nicolas Schmitt)
13.11., Fribourg	Visite de M. Raghunandan, lauréat du doctorat honoris causa lors du <i>Dies academicus</i> , Université de Fribourg (Nicolas Schmitt)
16.11., Zurich	«Datenschutz – Eine Betrachtung aus verschiedenen Perspektiven», conférence lors du <i>EOS Forum 2017, Datenschutz versus Forderungsmanagement</i> (Bernhard Waldmann)
22.11., Saragossa (Espagne)	«New Tendencies of Federalism in Europe, An Assessment on the Last Decade of Swiss Federalism», Observatory VIII sur le thème «New Tendencies of Federalism in Europe», organisé par la <i>Manuel Giménez Abad Foundation</i> , l’ <i>Instituto de Derecho Público de Barcelona</i> et la Fondation Friedrich Ebert (Eva Maria Belser)
23.11., Morat	«Aufbau und Systematik von Erlassen», exposé lors du <i>Murtner Gesetzgebungsseminar</i> sur la légistique, Institut du Fédéralisme (Peter Hänni)
23.11., Morat	«Normtypen», exposé lors du <i>Murtner Gesetzgebungsseminar</i> sur la légistique, Institut du Fédéralisme (Bernhard Waldmann)

27.11., Lausanne	« Démocratie et minorités », Séminaire de la CUSO [Conférence universitaire de Suisse occidentale] pour les doctorant-e-s, Université de Lausanne (en collaboration avec Sandrine Baume) (Eva Maria Belser)
01.12., Lucerne	« Die neuere Praxis des BGer und des BVGer zur ordentlichen und ausserordentlichen Beendigung öffentlich-rechtlicher Dienstverhältnisse », conférence lors du Colloque de St.Gall sur le droit de la fonction publique (Peter Hänni)
01.12., Addis-Abeba (Éthiopie)	« Protecting Unity in Federal States: Homogeneity Clauses and their Enforcement », conférence lors d'un symposium sur le thème « The Functions and Relevance of Subnational Constitutions in Federal Systems », <i>Addis Ababa University</i> (Eva Maria Belser)
02.12., Addis-Abeba (Éthiopie)	« Federalism and Conflict Resolution » und « The Protection of Minorities », deux exposés lors du colloque pour doctorants, <i>Centre for Federal Studies, Addis Ababa University</i> (Eva Maria Belser)
06.12., Genève	« Comparaison des systèmes fédéraux et des systèmes décentralisés » et « Fédéralisme : le cas de la Suisse », deux cours sur la bonne gouvernance et la migration pour diplomates camerounais au <i>Geneva Centre for Security Policy (GCSP)</i> (Nicolas Schmitt)
07.12., Berne	« Arbeit – Alter – Menschenrechte », manifestation publique et table ronde du Centre suisse de compétences pour les droits humains (CSDH) (Eva Maria Belser)

Impressum :

Institut du Fédéralisme
Av. Beauregard 1
CH-1700 Fribourg
Tél. +41 (0) 26 300 81 25
E-Mail : federalism@unifr.ch
<http://www.federalism.ch>

Tirage : 350
Rédaction : Institut du Fédéralisme
(Coordination : Riccarda Melchior)
Portraits : Hugues Siegenthaler, Lausanne
Graphisme : Daniel Wynistorf, Berne
Impression : Canisius SA, Fribourg

